

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch- land, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Ungarn 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Welt und Zeit“ mit „Erd- lung und Rüstungen“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Weltweit“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 17. April 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Teubnerstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Kopierzeile 0,20 Goldmark, Restzeile 0,15 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (schliefen zwei festgedruckte Wörter). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenanzeigen das erste Wort 0,10 Goldmark jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Linden- straße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Ueberreichung der Annahme-Note.

Bereitschaft zur Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen.

Paris, 16. April. (WTB.) Der Vertreter der Deutschen Kriegskostenkommission in Paris übergab heute der Reparationskommission folgende Note:

Die deutsche Regierung beehrt sich, den Empfang der Note der Reparationskommission vom 11. April über die von den Sachverständigen erstatteten Gutachten zu bekräftigen. Auch die deutsche Regierung sieht in diesen Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems. Sie ist deshalb bereit, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern.

Die Note der Reparationskommission vom 11. April lautete:

Die Reparationskommission, die von den Sachverständigen gutachten Kenntnis genommen hat, sieht in ihnen eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung des Reparationsproblems. Sie ist daher schon jetzt geneigt, innerhalb ihrer Zuständigkeit die Schlussfolgerungen der Gutachten zu billigen und deren Methoden anzunehmen, um die Durchführung des Programms der Sachverständigen zu erleichtern und zu beschleunigen. Die Reparationskommission beabsichtigt, den beteiligten Regierungen die Schlussfolgerungen der Gutachten, soweit sie in ihre Zuständigkeit fallen, zur Annahme zu empfehlen. Die Reparationskommission sieht sich jedoch verpflichtet, ihre Zustimmung und ihre Initiative zurückzustellen, bis sich die deutsche Regierung bereit erklärt, an den Plänen der Sachverständigen mitzuwirken. Zu diesem Zweck wird die deutsche Delegierte Donnerstag, den 17. April, anfragen, wenn die deutsche Regierung es nicht vorzieht, eine schriftliche Antwort zu geben.

Der Wortlaut der deutschen Note schließt sich, wie hier bereits angekündigt wurde, eng an den der Note der Reparationskommission an. Die Reparationskommission hatte erklärt, ihre Initiative zurückstellen zu müssen, bis sich die deutsche Regierung bereit erklärt, an den Plänen der Sachverständigen mitzuwirken. Die deutsche Regierung antwortet, sie sei bereit, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen sicherzustellen.

Offenbar um diese Uebereinstimmung des Wortlauts klar in Erscheinung treten zu lassen, hat die deutsche Regierung WTB. veranlaßt, im Anhang an ihre Antwort die schon be-

kannte Note der Reparationskommission nochmals wiederzugeben.

Es ist gewiß diplomatisch richtig, sich in der Antwort auf das zu beschränken, wonach man gefragt worden ist, und hoffentlich wird über die Bedeutung dieses Frage- und Antwortspiels nirgends auch nur der geringste Zweifel entstehen. Der Sinn der Frage war, ob die deutsche Regierung bereit sei, die Vorschläge der Sachverständigen anzunehmen und an ihrer Durchführung mitzuwirken; der Sinn der Antwort kann nur sein, daß die deutsche Regierung tatsächlich dazu bereit ist.

Wenn nun die deutsche Regierung erklärt, daß sie die Vorschläge annimmt, so können damit nur die Vorschläge gemeint sein, wie sie wirklich sind, und nicht etwa, wie sie Herr Poincaré interpretiert.

Da die Vorschläge ein unteilbares Ganzes bilden und als solches von der englischen Regierung und der gesamten englischen Öffentlichkeit anerkannt werden, wäre es der schlimmste Fehler, der von deutscher Seite gemacht werden könnte, wollte man etwa noch irgendwie versuchen, an ihnen herumzubastern.

Jeder derartige Versuch würde sofort von der französischen Regierungspropaganda als ein „neuer Beweis deutscher Hinterhältigkeit“ ausgenutzt werden, und statt mit England-Amerika auf der gleichen diplomatischen Linie zu bleiben, würde sich Deutschland aufs neue isolieren, ohne dadurch praktisch auch nur das allermindeste zu erreichen. Zeigt sich später, daß die Vorschläge der Sachverständigen abänderungsbedürftig sind, so wird sich die tatsächliche Abänderung auf dem Wege der Vereinbarung desto leichter ermöglichen lassen, je mehr sich die diplomatische Stellung Deutschlands bis dahin gebessert haben wird. Heute schon Abänderungen verlangen, hieße die diplomatische Stellung Deutschlands bis zur Hoffnungslosigkeit verschlechtern und den französischen Wunsch nach Vereinfachung des ganzen Planes untergraben.

Die deutsche Antwort kann also keinen anderen Sinn haben, als den, daß die deutsche Regierung bereit ist, mit England-Amerika auf den Boden jener Vorschläge zu treten, daß sie bereit ist, sie als Ganzes glatt anzunehmen und mit ehrlichem Willen an ihre Durchführung heranzugehen.

Deutsche Steuerpatrioten.

Im Spiegel der Sachverständigenberichte.

In dem zweiten Teil des Gutachtens des Dawes-Ausschusses sprechen die Sachverständigen von den Erwägungen, die zu ihren Schlussfolgerungen geführt haben und beschreiben insbesondere „gewisse Gesichtspunkte der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands“. Dabei stößt man auf einen Abschnitt: „Besondere Seiten des Steuerwesens“, in dem sie ihre Meinung über das Wesen der deutschen Einkommensteuer kundgeben. Es geschieht in dem Tonfall des ganzen Berichts, präzise, knapp, sachlich, ja beinahe gleichgültig, aber es ist inhaltlich von außerordentlicher Schlagkraft. Hier wird der deutschen Regierung über ihre steuerpolitischen Methoden eine Lektion erteilt, die sie sich hinter den Spiegel stecken kann. Herr Dr. Luther kann von Glück sagen, daß die Details des Berichtes in Deutschland noch nicht von 1/2 vom Tausend der Bevölkerung gelesen wurden, weil es an Zeit fehlt, diesen umfangreichen Bericht von mehreren hundert Seiten zu studieren. Draußen in der Welt hat man natürlich noch weniger Veranlassung, sich um jedes Wort der Sachverständigen zu kümmern. Es erübrigt sich aber auch, da zwischen der Meinung der Sachverständigen und der Meinung der Welt kein Unterschied besteht. Jedenfalls wird das, was der „letzte Mann am Mississippi“ bisher von der Finanzpolitik der deutschen Regierung gehalten hat, durch das Gutachten der Sachverständigen bestätigt und mit Tatsachen belegt.

Es ist angebracht, den Gemüß dieser Vektüre nicht den Spezialisten reserviert zu halten. Schon Dr. Luther zuliebe nicht. Und auch nicht der deutschen Großbourgeoisie zuliebe, die ja stets vor Hut vergeht, wenn die Sozialdemokraten von Steuerdrückbergerei zu sprechen anfangen. Hören wir, was die Sachverständigen über die Opferfreudigkeit des deutschen Kapitals zu sagen wissen. Hören wir, was kapitalistisch eingestellte Männer über ihresgleichen äußern.

Zunächst einmal zeigen sie, daß sie sich sehr wohl für die besonderen Umstände der Geldentwertung im klaren sind und über die Schwierigkeiten bei einer sinkenden Währung direkte Steuern einzuziehen. Aber schon indem sie das feststellen, daß z. B. selbst im Jahre 1920 die tatsächliche Steuerlast (in Gold berechnet) bei dem größeren Einkommen statt 50 bis 60 Proz. nur die Hälfte von den Sätzen für das Einkommen des Jahres (in Gold berechnet) betrug, erteilen sie zugleich den herrschenden Parteien in Deutschland einen starken Ruffel: „Erfst als die Inflationsbewegung in Deutschland weit vorgeschritten war, bemühte man sich ernstlich, dieses Uebel zu bekämpfen.“

Erinnert man sich vielleicht noch, daß die Sozialdemokraten es waren, die — jahrelang — die Erfassung der Sachwerte verlangten, um dem Reichshaushalt wertbeständige Einnahmen zu sichern? Daß die Sozialdemokraten auf die Berücksichtigung der Geldentwertung bei den Steuern immer und immer wieder hindrängten und noch im März 1923 ihr dahingehender Antrag von der geschlossenen Majorität der bürgerlichen Parteien verstümmelt und praktisch unwirksam gemacht wurde? Wie haben die Industriellen geschrien, als wir auf das trasse Mißverhältnis zwischen ihrem patriotischen Maulheldentum und ihrer tatsächlichen Vaterlandslosigkeit, wenn es ans Zahlen ging, hinwiesen! Nun, die Sachverständigen stellen fest:

Man kann zuversichtlich sagen, daß die wohlhabenden Klassen weit weniger als den ihnen zukommenden Anteil an der nationalen Last zu tragen hatten, und wir haben es der deutschen Regierung zum Gegenstand ernster Erwägung empfohlen, ob sie nicht, selbst angelehnt der Verwaltungsschwierigkeiten, die Veranlagungen der letzten Jahre bei diesen besonderen Klassen von Veranlagten revidieren und ihre Schuld auf Goldbasis neu aufbauen sollte.

Trodener kann man es nicht sagen. Und was sagen die Sachverständigen zu den Steuernotverordnungen? Sie erkennen an, daß es sich um „vorübergehende Hilfsmittel mit starkem Notbehelfscharakter“ handele, zu denen die deutsche Regierung veranlaßt worden sei, aber trotzdem stehen sie nicht an, ihnen eine sehr schlechte Zensur zu erteilen:

Diese Notbehelfe geben uns keine Beruhigung über die allgemeine Frage der Besteuerung der wohlhabenden Klassen, und nach unfreiem Urteil sollte die deutsche Regierung, wenn sie wünscht, daß die Mittelerten ebenso wie ihre eigenen arbeitenden Klassen sich von ihrem guten Willen in dieser Sache überzeugen, zu einem neuen Zeitpunkt ihre endgültigen Absichten betreffs der Sätze für die Einkommensteuer veröffentlichen, die von den Gewinnen des Jahres 1924 abm. erhoben werden sollen.

Insbesondere zur Frage der Aufwertung der Schulden verhehlen die Sachverständigen nicht ihr Erstaunen über die lächerlichen Steuersätze, mit denen der von der Inflation wie der Aufwertungsverordnung gleichermaßen begünstigte Schuldner bedacht wird: „Unserer Ansicht nach ist eine solche Sonderbesteuerung, wenn sie, wie wir glauben, im Prinzip berechtigt ist, zu viel höheren Sätzen gerechtfertigt.“ Ueberhaupt haben sie die Tatsache der enormen Inflationsgewinne scharf ins Auge gefaßt, den, wie sie sagen, „vom Himmel gefallenen Reichtum“, und sie finden, daß er ein „geeigneter Gegenstand für eine Be-

Streikbeschuß der Hochbahner.

Wie die Funktionäre der Hochbahn mitteilen, hat die gestrige Abstimmung des Hochbahnerpersonals eine Dreiviertelmehrheit für den Streik ergeben. Die Frage, über die abgestimmt war, lautete Streik oder Arbeit. Auf Grund dieses Ergebnisses hat dann die noch in späterer Abendstunde zusammengetretene Funktionärskonferenz den Streik bei der Hochbahn beschlossen. Der Streik soll am Sonnabend früh beginnen.

Das „unteilbare Ganze“.

Britische Regierungserklärung.

London, 16. April. (WTB.) Unterhaus. In Verbindung mit der von den Sachverständigen für Deutschland vorgeschlagenen Auslandsanleihe von 40 Millionen Pfund fragte Lord Henry Cavendish den Premierminister, ob sich die Regierung nicht dafür verbürgen wolle, daß die Anerkennung Großbritanniens nur unter der Bedingung einer militärischen und wirtschaftlichen Räumung seitens der Franzosen gegeben würde. Macdonald erwiderte: Die Empfehlung der Sachverständigen beruht auf der Annahme, daß die Steuerlast und wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt wird, und daß die wirtschaftliche Tätigkeit nicht durch eine andere ausländische Organisation behindert oder beeinträchtigt wird, in dem Berichte vorgesehene Kontrolle. Macdonald fügte hinzu, die Sachverständigen hätten ausdrücklich festgestellt, daß ihre Empfehlung als ein unteilbares Ganzes betrachtet werden sollte und sagte sodann: Ich habe bereits erklärt, daß die Regierung bereit ist, den Plan in seiner Gesamtheit zu unterstützen, vor- ausgesetzt, daß alle anderen Parteien willens sind, dasselbe Ver- fahren einzuschlagen. Macdonald bemerkte weiter, er glaube nicht, daß er in dem gegenwärtigen Stadium seinen bisherigen Aus- sührungen etwas Nützliches hinzu-fügen oder in eine Einzelbesprechung eintreten könnte.

London, 16. April. (WTB.) In der heutigen Nachmittags- sitzung des Unterhauses gab der ständige Sekretär im Foreign Office, Bon- sonby, die Fort- b achtete Erklärung ab, die englische Regierung werde auch in Zukunft ihren Einfluß so oft wie nötig geltend machen, um die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im besetzten Gebiet sicherzustellen.

London, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) „New Leader“ ver- öffentlicht die Fortsetzung seiner Unterredung mit Macdonald, in der dieser zur auswärtigen Politik erklärt, daß er eine sofor- tige völlige Lösung der europäischen Probleme nicht versprechen könne, doch hege er große Hoffnungen, daß man dieser Lösung

näherkomme. Wenn die Außenpolitik der Labour Party fehler- schlagte, so würde das die Rückkehr zum Beitritts und schließlich zu einem neuen Weltkrieg bedeuten.

Macdonald erklärt weiter, daß er nie der zügellose Op- timist gewesen sei, als den man ihn oft hinstelle. Er glaube aber, daß die Arbeiterregierung viel zu einer Beruhigung Euro- pas beigetragen habe, indem es ihr gelungen sei, das Ver- trauen zwischen England und Frankreich wieder- herzustellen. Was Deutschland anlangt, habe er nie seine feste Ueberzeugung verhehrt, daß dieses Land bei der allgemeinen Rege- lung die Rolle eines freiwilligen Mitarbeiters spielen müsse. Es sei Wahnsinn, zu glauben, daß man anderen Völkern Ver- bindungen aufzwingen könne. Auf beiden Seiten müsse im Gegenteil der feste Wille geschaffen werden, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die von den Allierten bis jetzt verfolgte Politik habe die demokratische und die pazifistische Strömung in Deutschland zerstört.

Er möchte seine ausländischen Regierungskollegen davon überzeugen, daß diesem Zustand ein Ende bereitet werden müsse.

Was die Rüstungen anlangt, sei seine Position sehr ein- fach. Ehe eine internationale Verständigung zustande gekommen sei, müßten die Armeen aufrechterhalten werden. Bis dahin werde es unmöglich sein, den Militarismus zu über- winden. Wenn aber die Außenpolitik der Arbeiterregierung Schiff- bruch erleiden sollte, so würde man mit einem neuen Rüstungs- wettlauf zu rechnen haben. Die Mächte würden sich neu gruppieren und Deutschland und Rußland dabei eine Rolle spielen, was nicht übersehen werden könne.

Zum Schluß sprach sich Macdonald gegen das in England herrschende Streikfieber aus, das der Arbeiterklasse mehr Schaden als Nutzen bringe. Schließlich erklärte er, daß der Sozialismus für ihn mehr sei als eine abstrakte Idee, nämlich ein fester Wille, mit dem man dem Uebel der Gegenwart abhelfen müsse, indem man sich den bestehenden Verhältnissen und Ge- bräuchen anpasse. Der Sozialismus sei eine harte Alltags- arbeit.

Poincaré hat gestern nachmittag den japanischen Bot- schafter empfangen. Die Unterhaltung bezog sich, wie man er- fährt, auf die amerikanisch-japanischen diplomatischen Zwischenfälle.

Zur Rede Poincarés berichtet die „Eco“ ihren von uns ver- öffentlichten Bericht dahin, daß die Summe der nach Poincarés An- gaben von Deutschland ins Ausland verschobenen Kapitalien nicht 16 750 Millionen, sondern 6750 Millionen heißen mußte.

steuerung in Zeiten außerordentlicher Bedürfnisse" ist.

Die Sachverständigen haben darauf verzichtet, auf die Details der gegenwärtigen Steuern einzugehen. Sie hielten es nur für nötig, gewisse große Linien mitzuteilen, die im deutschen Steuerwesen vorhanden sind und die Beachtung beanspruchen. Man sieht, welche Linien ihnen vor allen Dingen aufgefallen sind. Ein Blinder hätte ja auch mit dem Stock darauf stoßen müssen.

Was sagt die deutsche Regierung dazu? Was sagen die Klassen dazu, die sie repräsentieren? Was sagt das deutsche Volk dazu, daß ein Gremium hochangesehener Männer, an deren Lauterkeit, Sachverständigkeit und Objektivität kein Zweifel besteht, höflich aber bestimmt eine Tatsache feststellen kann, die ebenso vernichtend ist für die deutschen Kapitalisten und die deutsche Regierung, wie blamabel für ein Volk, das sich das gefallen ließ. Was sagt man dazu, daß jetzt vor aller Welt von Sachverständigen erklärt werden kann und muß:

Wir haben der Schlussfolgerung nicht entgehen können, daß die reichen Klassen in Deutschland in den letzten Jahren nicht in angemessener Weise von dem in Kraft getretenen Steuerwesen erfasst worden sind, weder in einem Maße, das die Besteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klassen in anderen Ländern vergleichbar wäre.

Das ist eine Niederlage mehr zu den vielen, die wir uns vor aller Welt geholt haben dank der politischen Weisheit der bürgerlichen Parteien.

Man macht sich hierzulande kaum eine Vorstellung davon, wie solche Tatsachen auf das Ausland wirken, in welchem Maße sie geeignet sind, das deutsche Volk im Urteil der Welt herabzusetzen und welchen Gewinn die Gegner Deutschlands aus ihnen ziehen.

Jetzt füllen die besitzenden Schichten Deutschlands mit den auf Kosten des Reiches erparten Steuergeldern die Kassen der Parteien, von denen sie eine Fortsetzung der bisherigen reichsverderblichen Steuermißwirtschaft erwarten.

Die Sozialdemokratie will, daß die Reichen Steuern zahlen sollen?

Nieder mit der Sozialdemokratie!

Eigenartige Abbaumethoden.

Berliner Krähwinteleien.

Als die Abbaurechnung für das Reich und Preußen geschaffen wurde, wurde von allen Parteien versichert, daß der Abbau überall nach rein sachlichen Gesichtspunkten vorgenommen werden solle und daß „selbstverständlich“ Maßregelungen mißliebiger Beamter oder auch politische Nebenabsichten ausgeschlossen sein müßten. Der Abbau des Berliner Magistrats ist ein Schulbeispiel dafür, wie eine bürgerliche Fünftimmelmehrheit in der größten deutschen Stadt nach Gesichtspunkten kleinster Provinzgemeinden die Abbaurechnung zu einer ebenso lächerlichen wie kurzfristigen politischen Haupt- und Staatsaktion ausnützt. Für die Leitung der Biermüllensiederei behaupten die bürgerlichen Parteien mit acht (!) besetzten Kränzen auskommen zu können. Zu dem Zweck befehligen sie sämtliche Fachstadträte, so den Baurat für das Verkehrs- wesen, den Stadtschulrat und restlos bis auf zwei Ausnahmen alle sozialdemokratischen Stadträte. Der Sprecher der Volkspartei hat die Unverschämtheit — anders kann man es nicht nennen — der sozialdemokratischen Fraktion anzubieten, sie solle selber die zwei Stadträte bezeichnen, auf die sie Gewicht lege. Es ist klar, daß bei einem solchen Verfahren die Sozialdemokratie es sich überlegen muß, ob sie noch ein Interesse daran hat, sich verantwortlich an der Verwaltung der deutschen Hauptstadt zu beteiligen.

Der Berliner Fall ist deswegen von Bedeutung, weil er für die politische Kurzsichtigkeit des deutschen Bürger-

tums und namentlich seiner Mittelparteien charakteristisch ist. Trotzdem die Mittelparteien genau wissen und die Erfahrung gerade in Berlin es auch erwiesen hat, daß die Leitung einer solchen Verwaltung ohne Beteiligung der Arbeiterschaft nicht möglich ist — der Bürgerblock hat auch hier stets versagt —, trotzdem verfallen die bürgerlichen Parteien immer wieder der Versuchung, zu den alten Methoden wilhelminischen Regimes zurückzukehren und die Arbeiterschaft ausschalten. Ein solches Vorgehen kann natürlich nicht ohne Gegenwirkung bleiben. Es muß zur vollkommenen Desorganisation in der Verwaltung, zur Verschärfung der inneren Kämpfe führen und sich früher oder später auch an den bürgerlichen Parteien rächen, die sich an diesem traurigen Vorgehen beteiligen. In Deutschland ist nun aber einmal das Bürgerum unpolitisch und kurzfristig, und es wird noch lange dauern, bis die Herren, die heute noch glauben, nach alten Methoden mit der Arbeiterschaft umspringen zu können, begreifen werden, daß diese Zeiten vorbei sind.

Es kriselt in Mecklenburg.

Deutschnationale Erfüllungspolitik — vollständiges Entsetzen.

Unter der Ueberschrift „Ist das wahr? Der deutschnationale Ministerpräsident Brandenstein für Erfüllung?“ schreibt die völkische „Mecklenburger Warte“:

Wie wir aus Berlin erfahren, soll Eggelsen Brandenstein sich ebenso wie das Thüringer Ministerium und die thüringische (soll wohl heißen: bayerische) Red. d. „B.“ Regierung bei der Beratung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Reichskabinett über die Antwort an die Repts dahingehend ausgesprochen haben, daß die Sachverständigenvorschläge als Verhandlungsgrundlage angenommen werden müssen.

Wir stellen dazu nur eine Frage: Wie verhält sich diese Art deutschnationaler Kabinettspolitik im Sinne der Erfüllung zu den Wahlmandaten der Deutschnationalen Volkspartei, die den Wählern tagtäglich in der Presse und in den Versammlungen verspricht, diese Art von Erfüllungspolitik abzulehnen?

Soll die „positive Mitarbeit“, die die Deutschnationalen seit jeher vertreten haben, auch jetzt noch fröhlich weitergeführt werden? Im übrigen ist es für die Politik des Landbundes Mecklenburg-Schwerin, dessen Vorsitzender Egg. Brandenstein ist, außerordentlich bezeichnend, daß die wirtschaftlichen Befehle der Landwirtschaft, für die der Landbund doch zu kämpfen vorgibt, zugunsten einer faulen Regierungskompromisselei wieder einmal über Bord geworfen werden!

Es ist doch gut, daß den deutschnationalen Schaumschlägern und Taschenpielern aus der Reihe so auf die Finger gesehen wird! Jeder dieser Demagogen wird von anderen überdemagogiert. In Thüringen, in Mecklenburg kommen die deutschnationalen Regierungstücheln aus dem Backeln gar nicht mehr heraus. Und so, wie es dort ist, sollte es im ganzen Reich werden?

Wie lange könnte ein solches Possenspiel überhaupt dauern? Aber was würde es dem deutschen Volk kosten?

Der unentbehrliche Sparkommissar.

Wir brachten kürzlich eine Zuschrift, in der dargelegt wurde, daß der Reichs-Sparkommissar rund 800 000 M. in dem neuen Etat für sich angefordert hat und damit Ausgaben macht, deren Höhe in einem drastischen Widerspruch zu der Aufgabe des „Spar“-Kommissars steht. Von zuständiger Seite werden nun zu der am vergangenen Samstag veröffentlichten Zuschrift Ausführungen verbreitet, die lediglich in einem Punkte eine wesentliche Berichtigung enthalten. Der Etat des Sparkommissars beträgt „nur“ 648 000 Goldmark. Immerhin sind 648 000 M. ebenfalls ein anständiger Posten, und zwar bedeutend mehr als der Aufwand für selbst stark besetzte Ministerien. Es ist ein geringer Trost, daß vielleicht im Laufe der nächsten Zeit eine Einschränkung der Ausgaben vorgenommen werden kann und daß auch aus anderen

Gründen der einmal angelegte Etat wahrscheinlich nicht voll in Anspruch genommen werden wird. Jedenfalls gibt diese für die Sparbarkeit der Behörden und Ministerien entscheidende Stelle den ihnen untergebenen Instanzen kein gutes Beispiel, wenn sie Mittel so weit über ihren Bedarf hinaus in Anspruch nimmt, daß sie schon vierzehn Tage nach dem Beginn des Rechnungsjahres erklären kann, es würden wesentliche Beträge davon nicht benötigt werden.

Im Zusammenhang mit dieser Rechtfertigung werden der Öffentlichkeit Zahlen über den Erfolg der Sparkommission mitgeteilt; so verweist man insbesondere darauf, daß seit Beginn der Erparaktion insgesamt 330 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte abgebaut worden sind. Die Zahl ist richtig, ihre Verwendung im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Sparkommissars jedoch eine Irreführung der Öffentlichkeit. Der größte Teil dieser Abgebauten entfällt bekanntlich auf Post und Eisenbahn. Innerhalb der Post sind die Erparmaßnahmen aber bisher ohne jede wesentliche Mitwirkung des Sparkommissars durchgeführt worden, und was die Reichsbahn anlangt, so liegen hier die Dinge nicht viel anders. Die Eisenbahn ist nämlich, solange sie als ein Bestandteil des Reichsetats geführt wurde, außerstande gewesen, ihr Reformprogramm durchzuführen. Die Bestrebungen zu der Aussonderung der Eisenbahn aus dem Reichshaushalt, die die Vorbedingung für ein Sparprogramm war, gehen aber auf eine Zeit zurück, in der der Sparkommissar noch nicht amtierte. Man wird also den Erfolg der Tätigkeit des Sparkommissars erst beurteilen können, wenn einmal eine einwandfreie Statistik darüber vorliegt, welche Ersparnisse denn in Wirklichkeit durch Sparkommissar und Personalabbaukommission herbeigeführt sind, und welche Ersparnisse auf die Bemühungen anderer Stellen entfallen.

Mag man auch anerkennen, daß der Rechnungshof in seiner bisherigen Form der Aufgabe, die dem Sparkommissar zugeordnet ist, nicht gewachsen sein mag, so bleibt dennoch unerfindlich, warum man eine so kostspielige Behörde eigens aufzieht, anstatt den Rechnungshof durch eine entsprechende Amalgamation für die Aufgaben des Sparkommissars geeignet zu machen. Die Frage, wie man den öffentlichen Haushalt möglichst sparsam gestalten kann, ist ja schließlich nicht eine Angelegenheit von heute, wo sich gewisse Stellen so sehr um den Abbau der Republik bemühen, sondern sie wird auch in Zukunft von Wichtigkeit sein. Dann aber wird sich die Einrichtung einer so teuren Behörde als unzumutbar erweisen, und der Rechnungshof wird weiter nach veralteten Methoden „sparen“.

Der Personalabbau bei der Reichsbahn.

Der Reichstagsausschuß zur Ueberwachung des Personalabbaus beschäftigte sich am Mittwoch mit der Personalverminderung bei der Reichsbahn. Dabei wurde festgestellt, daß das Gesamtpersonal des Eisenbahnzentrallamtes vom 1. Oktober 1923 bis 1. April 1924 um 16,6 Proz., die administrativen Dezerenate um 12 Proz., die mochnimentarischen Dezerenate um 15 Proz. und die betriebs- und bautechnischen Dezerenate um 18 Proz. vermindert wurden. Der Abbau an Beamten, Arbeitern und Angestellten der Reichsbahn beträgt insgesamt 28 Proz. Damit betraachtet das Verkehrsministerium den Abbau der Reichsbahn als beendet.

Gegen die Bayerische Volkspartei.

Krach in der Pfalz.

Mannheim, 16. April. (M.B.) Die Spaltung zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei in der Pfalz hat zu einem Konflikt in der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“ geführt. Mit dem Vorsitzenden sämtlicher Mitglieder der Stadtratsfraktion der Bayerischen Volkspartei aus dieser und mit ihrer Konstituierung als Zentrumsfraktion wurde gleichzeitig dem Bürgermeister Butcher, der die frühere Fraktion vertrat und die „Neue Pfälzische Landeszeitung“ leitete, das Vertrauen entzogen. Als heute morgen Bürgermeister Butcher die Dienräume betreten wollte, wurde ihm von einer größeren Anzahl Personen unter Führung des Abgeordneten Hoffmann der Zutritt verweigert. Seit heute zeichnet der ehemalige Chefredakteur der Zeitung, Dr. Fink, wieder als verantwortlicher Chefredakteur.

Vergeßt es nicht!

Von Karl Hendell

Die Winde wehen,
Die Wolken gehen,
Die Sonne schenkt ihr ewiges Licht —
O Brüder, was hier auf Erden geschieht,
Vergeßt es nicht!

Bund war gegründet,
Licht war gezündet,
Freude durchsonnte der Arbeit Gesicht —
O Brüder, was unser Dasein durchsündet,
Vergeßt es nicht!

Die Welt ward neu,
Der wilde Meute,
Der Wahnsinn hielt über uns Gericht —
Das Wort, das Mord und Verderben kreuzte,
Vergeßt es nicht:
Krieg!

Nun klagt, ihr Flammen
Des Lichts, zu verkennen,
Davor das Volkwerk der Nacht zerbricht —
O Brüder, wie wollen den Bloß einrammen,
Vergeßt es nicht:
Frieden!

Karl Hendell und die Jugend.

Zum sechzigsten Geburtstag des Dichters.

Von Paul Kampffmeyer.

Am 17. April 1924 feiert die Kulturgemeinde des demokratischen Sozialismus den sechzigsten Geburtstag des Dichters Karl Hendell. Wenn wir hier von der sozialistischen Kulturgemeinde sprechen, so schöpfen wir diesen Begriff aus den unmittelbaren Anschauungen Hendells über die sozialistische Bewegung. Für diesen nehmmerlichen Niederdeutschen ist der Sozialismus nie eine bloße Messer- und Gabelfrage, sondern stets eine den Vollmenschen packende Weltanschauungsfrage gewesen.

Die hartnäckige Welt der Klassengegenstände, von Karl Hendell mit der ganzen Stärke eines leidenschaftlich empfindenden Temperaments erlebt, riß dessen Seele schon in jenen Tagen wund, da kein überzeugter, von den sozialen Dissonanzen der Zeit getriebener Sozialist vor den berben Quarziten des preußischen Schulmanns sicher war. Aber drohende Polzeifüße schreckten einen Hendell

nicht, und schon früh bewährte sich sein starker Bekennermut, der durch „Roh und Reifge“ nicht zu erschüttern war.

Mit dem Beginn der achtziger Jahre des verstorbenen Jahrhunderts donnerte in das Gründungsland, insofern es nicht geistlos war, das moderne soziale Leben so stark hinein, daß es die temperamentosen und ärmlichen Vordreden der Oberlehrer auf die verbotenen Ideale der deutschen Schulstube laut überlörte. Das neue soziale Deutschland regte sich, und schließlich wirkte der lebende Bebel, der aus zahllosen Zeitungsblättern heraussprach, doch kraftvoller auf die offenen Sinne der jüngeren Generation ein als der tote Cicero. Da und dort schlossen sich Schüler der höheren Lehranstalten zu freien Gruppen zusammen und nahmen enge Fühlung mit den literarischen, kulturellen, politischen und sozialen Fragen der Gegenwart. In Hannover bildeten Karl Hendell und Otto Erich Hartleben mit anderen kommenden Männern eine moderne Leserkunde, an der die versteinerten Köpfe der alten Zeit — wohl unter Otto Erichs Führung mit nicht geringen Mengen bayerischen und böhmischen Bieres — weggespült wurden. Nun das Fortschreiten dieser schweren Steingötter bedarf eben erheblicher Feuerkraftsmassen. In Rostock gründete sich die Schülerverbindung „Veritas“, die sich in die moderne Literatur, in das Studium der Schöpfungsgeschichte von Ernst Hädel und in die Feuerreden von Ferdinand Lassalle vertiefte. Die „Veritas“ knüpfte direkt mit Karl Hendell an, und aus dem Kreise dieser jungen Stürmer gingen der sozialistische Politiker Professor Hans Müller und der Dramatiker Otto Hinrichsen (Otto Hinnerk) hervor. In Berlin machten Schüler des Andreas-Realschulmanns erste politische Gehversuche in starker Anlehnung an Berliner führende Sozialdemokraten. Durch eine Zürich-hottinger Dekadenzreise verjagten sie sich reichlich mit den populären Flugschriften des aufkommenden Marxismus. Diese Schülervereinigungen stellten mehrere Mitarbeiter für die später erscheinende „Berliner Volkstribüne“. Ein sozial-agricolischer Beitrag aus diesem Kreise findet sich in der „Bunten Wappe“ (1885), in der das soziale Sittenbild: „Die Engelmoderin“ von Karl Hendell in den kräftigsten Strichen eines lebenswahren Naturalismus gezeichnet ist.

Es ist nicht rein zufällig, daß die junge Generation des neuen literarischen Sozialismus Deutschlands, mochte sie sich nun in Berlin, Rostock, Hannover, Magdeburg regen, immer auf Karl Hendell hinsteuerte. Hendell hatte als junger Dichter schon das feinste Ohr für die Gefühlsstöße des demokratischen Sozialismus. Als seine „Ameltrufe“ 1888 in die Welt hinausgingen, wurden sie von der preußisch-deutschen Polizei als Stürmsignale der großen sozialdemokratischen Kulturbewegung gedeutet. Grobe polizeiliche Henkerstreichle packten das Kind der Hendellschen Muse und schnallten es auf die Guillotine des Ausnahmezustandes.

Der Schwertklang der großen Kampfeszeit von 1884—1924 durchdringt hell und scharf seine Dichtungen. In allen großen Wendepunkten hat sich das tragische Drama unserer revolutionären Geschichtsepochen in die Schöpfungen Karl Hendells hineingezeichnet. In diesen sammelten sich gleichsam die roten Glutten der bewegtesten Geschichtsepochen, und ihnen hat Hendell einen urlebendigen, feuerotmenden Ausdruck verliehen.

Viele von diesen Naturgefühlen und innigen Liebesempfindungen besetzten lyrischen Gedichte Hendells gehören zu dem un-

gänglichen Bestande der deutschen Literatur. Von ihrem Werte hat schon manch seinerer Kenner dieser Literatur als ich gezeugt. Ich wollte des jungen politischen Dichters Hendell hier nur gedenken, der jung bis auf unsere Tage geblieben ist. Vor vierzig Jahren legte er uns Alte in Brand, und heute wirft er Feuerbrände in die Herzen der Arbeiterjugend und Jungsozialisten. 1883 singt Hendell sein Steinkopferlied und vierzig Jahre später das deutsche Freiheitslied des roten Vogels, der die Lemmen, Schläffer und Heidenen von Lug und Trug reinigte. In die Orlane des Als nicht er heute noch sein Kampflied:

Tragt es, grimmige Weiserscharen,
Witten in die Weiserschlacht!

Zum fünfzigsten Geburtstag Hendells schrieb der junge Arbeiterdichter Max Barthel an diesen: „Die Jugend ist mit Ihnen — das dünkt mich das Schönste!“ Und daß sie noch heute mit ihm ist, das erlebte Karl Hendell 1923 auf dem Jugendtage in Nürnberg.

Vortrag über Oberammergau. Wenn heute allenthalben das Interesse für religiöse Dinge zu wecken versucht und so häufig Propaganda für Mystisches und Uebersinnliches gemacht wird, so hängt das gewiß nicht nur damit zusammen, daß wir jetzt in der sogenannten stillen Woche leben, sondern ist überhaupt der Zug einer überhöhten und nicht allein politisch durch die Wahlen der Reichsradikalen vollständig verwirren und auf den Kopf gestellten Zeit. Christus wird im Film gezeigt, in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm spielt man eine Passion, in der Urania läuft ein Film „Der Galläus“, und in diese Reihe gehört auch der Vortrag über die Oberammergauer Passionsspiele, den am Montagabend Dr. Vederer hielt. Der Vortragende mißbraucht zwar seine Ausführungen über ein Thema, das alle interessiert, nicht zu einer einseitigen religiösen Propaganda, aber was er brachte, wandte sich an ein ungläublich großes Publikum, dem zugemutet wurde, zu glauben, 1632 habe die Pest in Oberammergau zu wüten aufgehört, weil die Bewohner gelobten, alle zehn Jahre ein Passionspiel zu veranstalten. Der Redner verriet ferner wenig kulturhistorische und theatergeschichtliche Kenntnisse. Nicht nur die Passion, sondern unsere ganze dramatische Gestaltung von Ereignissen ist aus der Kirche gekommen, begünstigt zuerst von der Geistesfreiheit, um die Gläubigen bei guter Laune zu erhalten, hart belämpft später, als das Volk das Spiel in die Hand nahm und sich vom Gängelband der Kirche befreite. Es zeugte auch nicht von Kenntnis der Volksseele, wenn Dr. Vederer sich darüber wunderte, daß das Volk den Teufel und andere Personen aus der biblischen Geschichte in lustiger Waise darstellte. Schließlich durfte der Redner die Oberammergauer Passionsspiele nicht nur in idealer Verkörperung zeigen und verschäme verschweigen, daß sie auch die geschäftliche Seite wohl zu würdigen wissen, im übrigen ein durch das Zusammenströmen eines reichen internationalen Publikums sehr ertüchtlicher Vorgang.

Die Aufführung einer neuen Messe von H. Tschammer nach einer Dichtung der Wagnerreugin Jise von Stach brachte Arnold Abel in der Alten Garnisonkirche. Die urheidliche und wenig wohlgefällige Dichtung wird durch die Komponistin zerstückelt. Eine aufwärts steigende Linie wird nicht nur nicht erreicht, das Gebäude zerfällt der Komponistin unter der Hand.

*) Der große Voriker, der heute seinen 60. Geburtstag feiert, sendet uns diese Verse als Originalbeitrag zum ersamigen Abdruck.

Bewährungsfrist für Feschenbach?

München, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Osterbegnadigungen der bayerischen Regierung erstrecken sich, wie man hört, nur auf rein kriminelle Straftaten, indessen werden auch Begnadigungen politischer Strafgefangener in wohlwollende Erwägung gezogen, wenn von diesen entsprechende Gesuche eingereicht werden. Die Zuchthausstrafe für Feschenbach soll demnächst in Festungshaft mit Aussicht auf Bewährungsfrist umgewandelt werden.

Wie die Nachtausgabe des „Tag“ wissen will, beabsichtigt die bayerische Regierung auch, einzelnen Gefangenen von Niederjöhönenfeld Bewährungsfrist zu geben.

Die Kleinen Hitler-Prozesse.

1 Jahr Festung, aber sofort Bewährungsfrist.

In dem Prozeß gegen die Adjutanten Kofbachs und Köhms, die Beamten a. D. Heines und Oswald sowie gegen den Leutnant v. Prosch vom Landespolizeiamt München vor dem Volksgericht wurde nach 17tägiger Verhandlung folgendes Urteil gefällt:

Die Angeklagten werden wegen Beihilfe zum Hochverrat zu je einem Jahr drei Monaten Festungshaft und je 100 Goldmark Geldstrafe, Oswald ferner wegen Verstoßes gegen die Rotenordnung des Generalkriegskommissariats betreffend die Auflösung des Kampfbundes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Gefängnisstrafe gilt als durch die Untersuchungshaft verbüßt, im übrigen erhalten sämtliche Angeklagte Bewährungsfrist bis zum 1. April 1928 und werden mit sofortiger Wirkung auf freien Fuß gesetzt.

Nur ein Kommunist.

Ein Jahr Festung für eine illegale Versammlung.

Leipzig, 16. April. (M.Z.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verurteilte heute den Bergarbeiter Max Birke aus Senftenberg wegen Beihilfe zum Hochverrat in Tateinheit mit einem Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. November 1923 (Verbot der Kommunistischen Partei) zu einem Jahre Festungshaft und 50 M. Geldstrafe. Die erfüllte Untersuchungshaft in Höhe von vier Monaten wurde angerechnet. Birke hatte als Funktionär der Ortsgruppe Senftenberg der Kommunistischen Partei am 30. November eine Versammlung nach Klein-Räben bei Senftenberg einberufen, in der er Maßnahmen empfahl, um das illegale Weiterbestehen der Kommunistischen Partei zu ermöglichen. Dabei legte er auch Flugblätter aus, die auf einen gewaltsamen Sturz der Regierung und eine Änderung der Verfassung hinarbeiteten.

Während der Verhandlung kam es zu einem heftigen Zwischenfall. Der Verteidiger Dr. Samier-Berlin wandte sich in scharfem Ton gegen die Prozeßführung des Vorsitzenden, Reichsgerichtsrat Riedner, bei der Zeugenvernehmung und warf ihm mehrmals geschwändriges Verhalten vor. In einem Gerichtsbeschluss wurde festgestellt, daß die Prozeßführung durchaus den Bestimmungen gemäß erfolgt sei, weiter die Art und Weise der Kritik des Verteidigers als grober Verstoß gegen die Gerichtsordnung gekennzeichnet und als ungehörig zurückgewiesen.

Redaktionsgeheimnis und Zeugniszwang.

Eine neue Leistung der Justiz.

Hamburg, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Wegen angeblicher Waffenschlebung bei der Hamburger Ordnungspolizei waren im Dezember 1921 in der kommunistischen und der reaktionären Presse, u. a. in der Zeitung des Herrn Holz, des Herausgebers der „Warte“ und des „Arbeiter“, scharfe Angriffe auf die unter sozialdemokratischer Leitung stehende Polizei erhoben worden. Die der Schlebung oder des Diebstahls bezichtigten Beamten wurden später vom Gericht freigesprochen. Im „Hamburger Echo“ wurden die Angriffe als völlig haltlos zurückgewiesen und der reaktionäre Regierungsdirektor Hartmann, der damals den Polizeipräsidenten vertrat, als Urheber

Es mag sein, daß sie im Verfunkensein unter leiser Ahnung heiliger Schauer an ihren Eintritt in das Heiligtum ewiger Wahrheiten glaubt, die übrigen Elite von Stach im Marit-Stile zu hängen hofft, der Abgrund zwischen diesen Wahrheiten und ihr tut sich aber verschlingend auf, es bleibt bei unzulänglicher Botschaft, die durch nicht gefonnene Mittel bis ins Feinste gesteigert wird. Arnold Ebel kämpfte mit seinen Schwestern: Minna Ebel-Wilde, Paula Berner-Jensen, Martin Wilhelm und Heinrich Klafel, der Organist des Stahlsberg, dem Scheinpfingstchor, dem Stahlbergischen Frauenchor, der Schöneberger Liedertafel, dem Bergerschen Knabenchor und dem Berliner Tonkünstler-Vereins-Orchester einen erfolglosen Kampf auf verlorenem Posten.

Die verweigerte Konzession. Das Polizeipräsidium hat dem Verleger Erwin Berger die Konzession für die Sommerdirektion des Residenztheaters verweigert, weil er weder künstlerisch noch geschäftlich mit dem Theaterbetrieb in Zusammenhang stehe. Im Residenztheater wird gegenwärtig betonnenhaft Tolkers „Hinkemann“ aufgeführt. Herr Berger wird gegen das Polizeipräsidium Klage beim Bezirksauschuss erheben.

Ein verwandlungsfähiger Schauspieler. Italienische Blätter wenden sich gegen ein Gastspiel Alexander Moissi, mit dem ein italienisches Theater Unterhandlungen für einige Vorstellungen in Italien pflegen soll. So wird die „Tribuna“ Moissi vor, er habe sich, obwohl aus Triest gebürtig, während des Krieges italienisch gezeigt und für den Kaiser gekämpft. Dann sei er Bolschewist geworden, habe aber später wieder Vorleser für seine ursprüngliche Nationalität gezeigt, und als er in Italien nicht habe auftreten können, habe er sich sehr geringschätzig über Italien und die Italiener geäußert.

Finanzielle Umstellung der Thüringer Landesbühnen. Wie verlautet, sollen die Thüringer Landesbühnen in Weimar, Gotha, Altenburg und Weiningen, die bisher als reine Staatsbetriebe geführt wurden, vom neuen Haushaltsjahr ab als selbständige wirtschaftliche Betriebe, zu denen der Staat nur festgelegte Beiträge zahlt, aufgezogen werden. In welcher Weise dabei die sozialen und künstlerischen Verpflichtungen der Theater gesichert werden sollen, ist nicht bekannt. Die Beiträge des Staates zu den einzelnen Theatern bewegen sich zwischen 240.000 Mark (für Weimar) und 75.000 Mark (für Weiningen).

Normierung der Hörerzahl an den russischen Universitäten. Nach einer neuen Verordnung der Sowjetregierung werden die russischen Universitäten künftig in der Hauptsache nur den Absolventen der Arbeiterkurse offen stehen. Von der zugelassenen Hörerzahl dürfen 25 Proz. durch die Kommunistische Partei, 15 Proz. durch die Verbände der Kommunistischen Jugend, weitere 15 Proz. durch die Invalidenverbände empfohlen werden. Auf die Absolventen der Mittelschulen entfallen nur 5 Proz. Für das laufende Jahr dürfen an den russischen Universitäten insgesamt nur 13.600 Hörer zugelassen werden.

Adolf Lieban, der ehemalige Opernsänger und spätere Kabarettist, ein Bruder Julius Lieban, ist im Alter von 56 Jahren gestorben.

Die Ausstellung der Berliner Sezession, Kurfürstendamm 232, ist sowohl am Karfreitag wie an den beiden Osterfeiertagen von 11—2 Uhr zu besichtigen.

der Angriffe bezichtigt. Hartmann wurde seines Amtes enthoben und floge dann wegen des „Echo“-Artikels gegen den verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Genosse Bugbahn wurde damals in der zweiten Instanz zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Klagegegenstand wurde der Polizeioberleutnant Danner als angeblicher Verfasser des Artikels. Die Verhandlung gegen diesen Angeklagten wurde aber abgetrennt und erst am Mittwoch (16. April) vorgenommen. In der Verhandlung am 16. April wurde auf Antrag Hartmanns der Genosse Bugbahn als Zeuge vernommen. Er betonte, daß Danner nicht der Ueberbringer des Materials sei, verweigerte aber unter Berufung auf das Redaktionsgeheimnis Angaben über die Persönlichkeit des Ueberbringers oder Verfassers. Auf Antrag des Vertreters des Klägers, des deutschen Nationalen Bürgervereins Genosse Jacobson, wurde Bugbahn darauf in ein Zeugniszwangsverfahren in eine Geldstrafe von 100 M. oder 10 Tage Haft genommen. Die Verhandlung wurde vertagt, um den Erfolg dieser Maßnahme abzuwarten. Bugbahn erklärte, sofort Beschwerde gegen diesen Beschluss einzulegen und unter allen Umständen das Redaktionsgeheimnis zu wahren. Es bleibt nun abzuwarten, ob die weiter angeordneten Maßnahmen bis zu 6 Monaten Haft vom Gericht in Anwendung gebracht werden.

Es steht wohl einzig in der bisherigen Rechtsprechung da, daß ein Redakteur, der in der gleichen Sache bereits rechtskräftig verurteilt ist, nachträglich noch wegen Zeugnisverweigerung in der eigenen Sache in Strafe genommen wird.

Der Niedergang der Justiz.

Protest des Republikanischen Richterbundes gegen den Münchener Justizskandal.

Der Reichsauswahlschuss des Republikanischen Richterbundes hat die nachstehende Erklärung beschlossen:

Das Urteil im Münchener Hochverratsprozeß verweigert dem Reiche den Rechtschutz, auf den es nach Verfassung und Strafgesetz Anspruch hat.

General Ludendorff ist freigesprochen worden. Demgegenüber genügt der Hinweis auf die eine auch in der Urteilsbegründung festgelegte Tat des Generals, daß er das Amt als Führer der Nationalarmee aus der Hand eines Usurpators entgegennahm. Dies allein schon war ein Unternehmen der gewaltsamen, auf Bewaffnete gestützten Aenderung der Reichsorganisation, im Wege der Ausschaltung des Reichspräsidenten als verfassungsmäßigen Inhaber der Kommandogewalt (Artikel 47 der Reichsverfassung). Das ist klare Teilnahme am Hochverrat.

Gegen die verurteilten Mittäter ist die gesetzliche Mindeststrafe verhängt, also ein Strafmaß von einer Mißde angewandt worden, die außer allem Verhältnis zur Schwere der Tat steht.

Die Bewilligung der Bewährungsfrist an Täter, die eingestandenemassen sich im Sinne der geltenden Staatsordnung niemals bewähren wollen, ist eine handgreifliche Fehlanwendung dieser Einrichtung.

Daß gegen Beamte in hohem Range, noch dazu in richterlicher und polizeibehördlicher Stellung (Pöchner und Fric) neben der Beurteilung wegen Hochverrats nicht auf Amisverlust erkannt wurde (§ 81 Abs. 3 StGB), ist eine Unterlassung, die dem Vertrauen zur Staatstreue der Beamten schwersten Abbruch tut.

Daß gegen Hitler nicht auf Verweisung aus dem Reichsgebiet erkannt wurde, ist Verletzung einer zwingenden Vorschrift des Gesetzes zum Schutze der Republik (§ 9 Abs. 2).

Die republikanischen Richter Deutschlands beklagen aufs Tiefste die Niedergangsercheinungen auf dem Gebiete der politischen Strafrechtspflege, darunter die Tatsache, daß dieser Hochverratsfall überhaupt dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik entzogen werden konnte. Wir fordern eine innere Erneuerung des Richtertums im Geiste der Verfassung von Weimar.

Bezirkstagswahlen in Plauen.

Plauen, 16. April. (M.Z.) Die Wahlen zu dem Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Plauen hatten folgendes Ergebnis: Einschließlich der in städtischen Wahlkreisen Pöglau und Regelschau gewählten Abgeordneten (je 2 Abgeordnete der Rechtsparthei, 2 Abgeordnete der Linksparteien) setzt sich der künftige Bezirkstag aus 24 Abgeordneten der Rechtsparthei, 16 Abgeordneten der Linksparteien zusammen. Bisher gehörten dem Bezirkstag 24 sozialdemokratische und 16 bürgerliche Abgeordnete an.

Die Erwerbslosenfrage.

Der Reichsrat gab am Mittwoch seine Zustimmung, daß der Kreis der Bezugsberechtigten von Erwerbslosenunterstützung für das besetzte Gebiet erweitert wird. Hier sollen auch diejenigen unterstützungsberechtigt sein, die in den letzten zwei Jahren vor Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit mindestens 6 Monate lang eine krankensicherungsrechtliche Beschäftigung ausgeübt haben.

Die Ausreiseperrre.

Schweizer Vorstellungen in Berlin.

Basel, 16. April. (U.) Der Schweizerische Gesandte in Berlin hat im Auftrag seiner Regierung die deutsche Regierung auf die schwere Schädigung aufmerksam gemacht, welche das neue deutsche Ausreiseverbot der Schweizerischen Fremdenindustrie zufügt. Im Hinblick auf die zwischen den beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen wird die deutsche Regierung um eine baldige Widerlegung der Verordnung gebeten.

Ein Wahlmanöver?

Das Volksbureau verbreitet folgende Meldung:

Von gewisser Seite werden Gerüchte ausgestreut, die letzte Gehaltsausbesserung der Beamten und Angestellten solle nur für die Wahlzeit bestehen bleiben, und das Kabinett beabsichtige, nach der Reichstagswahl die Gehälter wieder herabzusetzen. Hierbei handelt es sich nur um ein tendenziöses Wahlmanöver, das um so unerantwortlicher erscheint, als es geeignet ist, ohne jede Spur von Berechtigung unnötige Unruhe in die Kreise der Beamten und Angestellten zu tragen. Ähnlich wird festgestellt, daß die erwähnten Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen sind, der Reichsregierung liegt jeder Gedanke an eine Herabsetzung der jetzigen Gehälter durchaus fern. Sie ist im Gegenteil nach wie vor entschlossen, der Notlage der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst durch eine weitere Verbesserung ihrer Bezüge abzuwehren. Sobald es die Finanzlage des Reichs und die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Rücksichten auf die Aufrechterhaltung der Währung, woran gerade die Beamtenschaft das allergrößte Interesse hat, gestatten.

Soweit die Meldung. Die Regierung vermeidet merkwürdigerweise zu sagen, wer die gewisse Seite ist, die dieses Gerücht ausgestreut. Wenn die Regierung aber diesem Dementi eines „Gerüchts“

das Versprechen anfügt, nach den Wahlen die Bezüge der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst (und die Arbeiter, die hat man wohl nur zufällig vergessen?) aufzubessern, „sobald es die Finanzlage des Reichs und die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse“ gestatten, dann sieht diese Mitteilung einem Wahlmanöver nicht unähnlich. Ob die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs nach den Wahlen aufgebessert werden, wird in erster Linie davon abhängen, wie die Mehrheit des Reichstages und damit wie die Reichsregierung selbst zusammengesetzt sein wird. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und Gemeinden werden daher gut tun, bei der Wahl einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Das ist die beste Gewähr nicht nur gegen eine eventuelle Verschlechterung, sondern auch für eine Verbesserung ihrer Bezüge. Denn die Finanzlage des Reichs hängt wesentlich ab von der Finanzpolitik der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit. Wenn die Finanzpolitik und die Wirtschaftspolitik der Luther und Hamm weiter geführt wird, dann wird die Finanzlage des Reichs eine Aufbesserung der Bezüge sicher nicht gestatten.

Weitere Nicum-Verträge.

Köln, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Textilindustrie des besetzten Gebietes hat am 15. April ihre Verhandlungen mit der Rheinlandkommission über die Verlängerung des Textilabkommens abgeschlossen und das neue Abkommen unterzeichnet, obwohl die Lasten im Vergleich zu den bisherigen Bestimmungen erhöht sind.

Düsseldorf, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Zweigverband der Metallindustrie, der Ende Februar für 17 Untergruppen der metallverarbeitenden Industrien ein vorläufiges Zollermäßigungsabkommen mit der Nicum und der Rheinlandkommission abschloß, hat dieses Abkommen am Mittwoch bis zum 15. Juni unter den gleichen Bedingungen erneuert.

Kabinett Stauning.

Die sozialdemokratische Arbeiterregierung.

Kopenhagen, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion trat heute Mittwoch im Reichstag zur Erörterung der parlamentarischen Lage zusammen. Anschließend besuchte sich der hauptamtliche Parteiführer mit der gleichen Frage und der Neubildung des Kabinetts. Die offizielle Bildung des Kabinetts Stauning dürfte erst Mitte der nächsten Woche erfolgen. Der König, der die Ernennung vorzunehmen hat, hat sich inzwischen nach Kopenhagen begeben und wird nicht vor nächsten Mittwoch nach Kopenhagen zurückkehren. Am 29. April tritt der neue Reichstag zum erstenmal zusammen. Stauning will bis dahin die Regierungsbildung abgeschlossen haben.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben:

Die zweite Arbeiterregierung Europas, die sich neben die englische stellen soll, ist ein Ergebnis von Wahlen, die für die Sozialdemokratie einen Sieg nicht nur nach rechts, sondern auch nach links bedeuten. Die dänischen Kommunisten wollten (und hatten wohl Befehl von Moskau dazu) diesmal unbedingt in den Reichstag hinein, eine mit großen Geldmitteln gespeiste Propaganda, rege Versammlungstätigkeit sollte ihnen dazu verhelfen. Und sie können sich nicht beklagen, daß die dänischen Arbeiter sie nicht gehört hätten — ihre Versammlungen waren überfüllt, aber den Beifall heimlichen der sozialdemokratischen Disziplinärredner ein und über das ganze Land fluderten mit Mühe 6000 kommunistische Stimmen bei der Auszählung zusammen.

Ist diese Abfuhr das Plus der Regierung Stauning, so ist die Notwendigkeit der Unterstützung durch die bürgerlichen Kabinettisten ihr Stein am Bein, denn schon jetzt, neros gemacht durch die geringe Mehrheit um nur zwei Stimmen der kommenden Regierung und das Anwachsen der Konserwativen um ein Mandat, lauten die Unterstützungszusagen ihrer Führer für eine Regierung nur sehr bedingt. Unter diesen Umständen hätte der Abgeordnete der südskandinavischen Deutschen, Pastor Schmidt, gute Gelegenheit, das Jünglein an der Woge zukunfts der deutschen Winderheit zu sein — wenn er Politiker und Parlamentarier wäre.

Das Wahlergebnis in dänisch-Nordschleswig verdient überhaupt besondere Beachtung, es kann als gute Richtlinie der dortigen nationalen Verhältnisse genommen werden. In dem durch die Abstimmung an Dänemark gekommenen Land sind abgegeben worden rund 32.000 Stimmen für die dänischen bürgerlichen Parteien, 13.500 für die dänische Sozialdemokratie, 8000 für Pastor Schmidt. Die Stimmen der deutschen Schleswiger Partei verteilen sich auf die Städte des ganzen Landes und nur der Tatsache, daß das abgetretene Gebiet einen Wahlkreis für sich bildet, verdankt Pastor Schmidt seine Wahl. Die deutsche Winderheit sibt also nicht in einem geschlossenen Sprachgebiet, z. B. an der Grenze, eine Grenzziehung, die deutsch und dänisch rein scheiden könnte, ist ausgeschlossen, das zeigt die Stimmverteilung, selbst wenn man annimmt, daß sich unter den Wählern der dänischen Sozialdemokratie 2—3000 deutschsprachende Arbeiter befinden. Mehr sind es keinesfalls, denn die Verdoppelung ihrer Stimmzahl in diesem Gebiet verdankt die dänische Bruderpartei weniger deutschsprachenden Arbeitern als dem Umstand, daß es ihr gelungen ist, in den drei Jahren dänischer Herrschaft die dänischen nordschleswigschen Arbeiter, die sich unter der deutschen Herrschaft abseits von der Sozialdemokratie in dänisch-bürgerlichen nationalen Vereinen gesammelt hatten, in ihr Lager hinüberzuführen.

Aber gerade dieser Umstand im dänischen Lager zeigt eine Abkehr vom Eiderdänentum im dänischen Nordschleswig, eine Abkehr, die zu einer endgültigen deutsch-dänischen Befriedung führen könnte — wenn das deutsche Volk am 4. Mai auch seinen Chauvinisten eine Abfuhr gibt.

Das ist uns nötiger, als im übrigen Dänemark die Konserwativen, die den Wahlkampf mit der Parole „Für Goldzoll und gegen den Deutschenkurs Stauning und Genossen“ führten, ihre Stellungen gehalten, sogar noch ein Mandat dazu erobert haben. Diese Deute werden natürlich jede nationalsozialistische Provoaktion gegenüber einem Ministerium Stauning mit Frohlocken ausnuhen.

Das dänische Volk hat sich für Frieden und Freundschaft mit Deutschland entschieden, Sache des deutschen Volkes ist es, die Tür für diesen Frieden, für diese Freundschaft zu öffnen.

Der 4. Mai bleibt Wahltermin, wie Innenminister Jarres gegenüber einer kopenhagener Habadmeldung erklärt, die der Reichsregierung Wahltagverchiebung auf den 11. Mai wegen der französischen Wahlen zuküriete.

Der bisherige Deutschnationale v. Oldenburg-Januschau erklärt in der „Reichs-Zeitung“ in Marienwerder, daß die Mitteilung über seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei ohne sein Zutun in die Presse geleitet worden sei. Er habe diesen Schritt unternommen, um sich bei der jetzigen politischen Lage freie Hand vorzubehalten, einerseits in seiner Stellung zu der Deutschnationalen Volkspartei und andererseits auch zu der Völkischen Freiheitspartei.

Gewerkschaftsbewegung

Plenarversammlung der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftskommission und das AFD-Ortskartell hatten gestern die Plenarversammlung das erstmalig einberufen, nachdem von den Delegierten die schriftliche Anerkennung der Statuten der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, des AFDG, und der Berliner Gewerkschaftskommission und die Einstellung der Mitarbeit in den Institutionen der Moskauer Gewerkschaftsinternationale verlangt worden ist. Die Siegel mittle, haben nur die kommunistischen Delegierten einiger kleiner Organisationen die Unterschrift verweigert, so daß diese in der Plenarversammlung unterzogen sind. Die kommunistischen Delegierten der Filmgewerkschaft haben dagegen die Unterschrift geleistet.

Die Plenarversammlung trat darauf ohne Aussprache den Beschlüssen des Ausschusses und der Vorstandskonferenz einstimmig bei, daß der 1. Mai von den Organisationsmitgliedern durch Arbeitsruhe zu begehen sei. Die organisatorische Durchführung dieses Beschlusses ist den Verbänden überlassen.

Im weiteren Verlauf der Tagung protestierte die Plenarversammlung durch einstimmige Annahme einer Resolution gegen die geplanten Bestrebungen der Reichs- und Staatsbehörden, die Erwerbslosenfürsorge aus dem Aufgabenbereich der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Bundesarbeitsämter zu nehmen und den politischen Behörden zu übertragen. Diese Maßnahme würde die Aufhebung der Selbstverwaltungskörper, die in den Bundesarbeitsämtern an der Durchführung der Erwerbslosenunterstützung und des Arbeitsnachweises mitwirken, bedeuten. Die Plenarversammlung forderte weiter, daß der eingeführten Beitragspflicht für die Ull ein Unterstützungsrecht gegenübergestellt wird. In der Entscheidung wurde endlich die Aufhebung der Pflichtarbeitsbestimmungen verlangt, da nach Einführung der Beitragspflicht der Unterhaltungen durch die Arbeitnehmer aufgehoben werden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Hesse ein gut durchdachtes Referat über die „Arbeitsdienstpflicht der Jugendlichen“. Er kennzeichnete die in neuerer Zeit wieder besonders starken Bestrebungen, die Jugendlichen etwa vom 16. bis 22. Lebensjahre zur Leistung von Arbeiten gemeinwirtschaftlicher Art heranzuziehen. Diese Arbeiten, die sich auf die Fruchtbarmachung von Dehländereien und Mooren, sogar auf die Einbettung von Flüssen und Mooren und Eisenbauten erstrecken sollen, könnten, so wie sie geplant sind, niemals den erhofften volkswirtschaftlichen und erzieherischen Erfolg bringen. Auch vom gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkt aus muß diese Arbeitspflicht abgelehnt werden, da eine solche Zwangsarmee sehr bald bei wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft zur Aufrechterhaltung „lebenswichtiger Betriebe“ eingesetzt werden würde. Bei der minimalen Bezahlung der Arbeitspflichtigen würde sehr bald ein Lohndruck auf weite Arbeiterschichten ausgeübt werden können, der zu schwersten Konflikten führen würde. Das ganze Vorhaben ließe auf ein Experiment hinaus, für das Unterlagen selbst aus den Ländern nicht vorhanden sind, die bereits eine gleiche Einrichtung haben. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht die Festigung der bestehenden moralischen bürgerlichen Gesellschaft bedeuten würde. Für die Arbeiterschaft könne die Arbeitsdienstpflicht erst diskutiert sein, wenn es gelungen sei, eine Produktionswirtschaft zu treiben, die den Profit der einzelnen ausschließt.

Die Plenarversammlung stimmte durch Annahme einer Entschließung den Ausführungen des Referenten zu.

Die Bergarbeiter zu den Wirtschaftsproblemen.

Der Bergarbeiterverband hielt vom 14. bis 16. April im Banktagsgebäude zu Berlin eine Reichskonferenz ab, deren Ergebnis in folgender Entschließung zusammengefaßt ist:

Die vom 14. bis 16. April 1924 in Berlin tagende Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erkennt die Einstellung der Reichsregierung zu den Sachverständigenratsgutachten in der Reparationsfrage an. Die Konferenz erwartet, daß es die Gutachten ermöglichen, zu einer Verständigung zwischen den alliierten Ländern und Deutschland zu kommen und endlich ein wirklicher Frieden herbeigeführt, die unrechtmäßige Besetzung des Ruhrreviers aufzuheben und auch die wirtschaftliche und politische Oberhoheit Deutschlands in den auf Grund des Versailler Vertrages befehligten Gebieten in Deutschland zurückgegeben wird.

Die nunmehr erfolgte Verständigung über die Ricam-Verträge bietet die Möglichkeit, das Wirtschaftsleben vor neuen Störungen zu bewahren. Die Konferenz spricht aber aus, daß die Lasten nicht allein von der Wirtschaft des besetzten Gebietes getragen werden können, weil sie Löhne und Lebenshaltung der Arbeiter über jedes erträgliche Maß erniedrigen, was zu Störungen des notwendigen Wiederaufbaues führen muß.

Die Konferenz erhebt gegen die von den Unternehmern und der Regierung betriebene Lohnpolitik entschiedenen Einspruch. Trotzdem die gegenwärtigen Lebenshaltungskosten noch wesentlich über denen der Vorkriegszeit stehen, hat die von den Unternehmern und der Reichsregierung betriebene Lohnpolitik dahin geführt, daß die Bergarbeiterlöhne in den einzelnen Revieren einschließlich der Löhne für die tarifliche Ueberarbeit noch längst nicht die Höhe der Vorkriegszeit erreicht haben. Durch Vereinbarungen und Schiedsgerichte des Reichsarbeitsministeriums ist die Dauer der Arbeitszeit an die der Vorkriegszeit herangebracht und trotz Protest der Gewerkschaften in einzelnen Fällen sogar überschritten worden. Die Erklärungen der Reichsregierung und der Unternehmer, daß durch die Verlängerung der Arbeitszeit und

das Niedrighalten der Löhne die Gefahrung des Wirtschaftslebens und die Stabilisierung der Währung nur gesichert werden könnten, bezeichnet die Konferenz als irrig. Wirtschaft und Währung werden nur dann stabil bleiben, wenn die Kaufkraft der breiten Volksmassen durch Anpassung der Löhne an den Preisstand gehoben und auf diese Weise Arbeitsfruchtbarkeit und -leistung gesteigert werden. Die Regierung war beabsichtigt, die Einkommen der Arbeiter und Angestellten bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit niedrig zu halten, hingegen hat sie es nicht vermocht, der Preispolitik der Kartelle, Syndikate und Trusts mit der notwendigen Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Verordnung über das Kartellwesen hat nicht dazu beigetragen, den Preisabbau zu fördern und so die Kaufkraft der Lohnempfänger zu steigern. Dieses Ergebnis, wofür die Regierung verantwortlich ist, erfordert schärfsten Protest.

Das Rundschreiben der Arbeitgeberverbände vom 28. März d. J. veranlaßt die Konferenz zu erklären, daß Mehrarbeit über die Acht bzw. Siebenstundenschicht hinaus nur durch besondere Vereinbarungen auf tariflicher Grundlage den jeweiligen Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechend zulässig ist. Der Versuch, eine längere Arbeitszeit im Manteltarif festzusetzen, muß als unzulässig mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpft werden. Wenn das jedoch geschehen soll, dann ist es notwendig, daß die Bergarbeiter trotz aller Schwierigkeiten in allen Revieren den Verband stärken, um in entschlossener Einigkeit den Bestrebungen der Unternehmer, Verschlechterungen durchzuführen, wirksam entgegenzutreten zu können.

Zum Kampf der Buchdrucker.

München, 16. April. (Eigener Drahtbericht.) In fünfstündigen Verhandlungen versuchte am Dienstag der amtliche Schlichter, den Streik der Buchdrucker beizulegen. Die Arbeitgeber gestanden in ihrem letzten Angebot lediglich eine Erhöhung des Wochenlohnes um 1,50 M. auf 31,50 M. mit sofortiger Wirkung zu und behandelten im übrigen die Abgeordneten der streikenden Buchdrucker in beratt zynischer und scharfmacherischer Weise, daß die in den letzten Nachstunden abgehaltene Versammlung der 2400 streikenden Buchdrucker mit Entrüstung und Empörung das Angebot der Verleger einstimmig ablehnte. In einmütiger Solidarität sprach sich die Versammlung für die Fortsetzung des Streiks aus.

Streik im Dachdeckergerwerbe.

Im Dachdeckergerwerbe ist es zu Differenzen mit den Arbeitgebern gekommen. Am 31. März war der Tarifvertrag für das Dachdeckergerwerbe abgelaufen. Die zentralen Verhandlungen in Leipzig über einen neuen Tarifvertrag blieben ergebnislos, weil die Arbeitgeber die 10 stündige Arbeitszeit und sonstige Verschlechterungen verlangten. Für die Zeit vom 1. April ab leistet die Arbeitgeber den Lohn eigenmächtig fest: für Gezellen auf 69 Pf. pro Stunde, für die Hilfsarbeiter auf 55 Pf. Unter dem Tarifverhältnis betrug der Lohn für den Dachdecker 69,4 Pf. und für den Hilfsarbeiter 61 Pf. Die Gewerkschaft in Berlin wollte den tariflichen Zustand vermeiden und ersuchte deshalb um Verhandlungen. Die Arbeitgeber verwiesen zunächst auf die zentralen Verhandlungen. Nachdem diese gescheitert waren, wurde unterm 28. März erneut um Verhandlungen ersucht. Darauf gaben die Arbeitgeber überhaupt keine Antwort, was große Empörung bei den Arbeitern hervorrief. Die Versammlung am 13. April beschloß, von den Arbeitgebern eine Lohnserhöhung auf 1,20 M. für die Stunde für den Gezellen zu fordern, für die Hilfsarbeiter 5 Proz. weniger. Sollte diese Forderung nicht bewilligt werden, dann ist die Arbeit einzustellen. Hoffentlich lehrt die Einsicht bei den Arbeitgebern bald ein, daß die Arbeiter keine Feinde sind, daß sie vielmehr bei der Festlegung der Löhne mitzubestimmen haben. Ein großer Teil der Dachdecker steht bereits in der Bewegung, alle übrigen haben sich unerschrocken der Bewegung anzuschließen. Alle Bauarbeiter haben darauf zu achten, daß keine Streikarbeiten ausgeführt werden.

Der Schiedspruch für das Baugewerbe abgelehnt.

Eine Schlichtungskommission hat am Montag mit den Vertretern der Parteien des Baugewerbes verhandelt und, da eine Einigung nicht zustande kam, einen Schiedspruch gefällt, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind:

Die Rechte des Arbeitgebers aus der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 werden anerkannt. — Wo zwingende öffentliche Interessen die schnelle Fertigstellung einer Bauarbeit erfordern, können Ueberstunden ohne Zuschlag bis zur Gesamtdauer der Arbeitszeit von 9 Stunden täglich gemacht werden. Die in Betracht kommenden Organisationen haben die Voraussetzungen solcher Nebenarbeit zu prüfen. Können sie sich nicht einigen, so entscheidet unter einem unparteiischen Vorsitzenden endgültig ein Schiedsgericht aus je zwei Vertretern der vertragsschließenden Organisationen. Bei Nichteinigung über den unparteiischen Vorsitzenden wird dieser von dem Schlichter für den Bezirk Groß-Berlin benannt.

Ueberstunden, Nachtarbeiten und Spezialarbeiten werden nach dem abgelaufenen Bezirkstarifvertrag vergütet. Dasselbe gilt für die Auslösung. Es bleibt bei der bisherigen Betriebsvertretung. Die Löhne betragen für Facharbeiter 78 Pf., für Bauhilfsarbeiter 68 Pf., für Liefbauarbeiter 57 Pf. Das Abkommen läuft vom 8. April bis zum Inkrafttreten des neuen Reichstarifvertrages. Die Lohnsätze gelten vom 16. April bis 20. Mai 1924 und laufen jeweils eine Woche weiter, wenn das Lohnabkommen nicht mit einwöchiger Frist gekündigt wird.

Einer am Mittwochabend abgehaltenen Generalversammlung der Baugewerkschaft Berlin legte der zweite Vorsitzende Krause den Schiedspruch vor und bemerkte, der Vorstand der Organisation

könne dem Schiedspruch nicht zustimmen, weil er den Bauarbeitern den Reunfunktentag aufdrängt. Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse im Baugewerbe müsse damit gerechnet werden, daß wohl in jedem Falle ein öffentliches Interesse für Ueberstunden als vorliegend erachtet werde, so daß der Reunfunktentag tatsächlich eingeführt werden würde. Das müsse entschieden abgelehnt werden auch deshalb, weil der Schiedspruch gelten soll bis zum Inkrafttreten eines neuen Reichstarifs, von dem noch niemand wisse, ob und wann er zustandekommen werde.

Die Diskussionsredner stimmten fast ausnahmslos dem Standpunkt des Referenten zu. Es wurde die Frage aufgeworfen, was nach der Ablehnung des Schiedspruchs geschehen solle. Sie wurde unter anderem vom ersten Vorsitzenden Thöns dahin beantwortet: Es würde taktisch nicht klug sein, sofort den allgemeinen Streik zu proklamieren. Die Kampfmaßnahmen, die notwendig und zweckmäßig sind, werden nach der jeweiligen Situation bestimmt.

Schließlich wurde einstimmig eine vom Vorstande eingebrachte Resolution angenommen, welche den Schiedspruch ablehnt, besonders wegen der die Ueberstunden und die Gütigkeit bis zum Inkrafttreten eines Reichstarifs betreffenden Bestimmungen. Der Vorstand wird beauftragt, sich unverzüglich mit den Vorständen der übrigen am Tarifvertrage beteiligten Arbeiterverbände zur Besprechung der nunmehr erforderlichen Maßnahmen in Verbindung zu setzen und dann über das Ergebnis der Besprechung Bericht zu erstatten.

Eine Baudelegiertenversammlung findet heute (Donnerstag) nachmittags 5 Uhr in den Residenz-Festsaal, Landsberger Str. 31, statt.

Zum Streik in der Stuck- und Gipsbaubranche.

Der Streik der Stuck- und Gipsbaufachgruppe dauert unermindert an. Eine Streikversammlung am Mittwoch besaßte erneut, daß die Stimmung noch genau dieselbe ist, wie am ersten Tage. Von Unternehmern wurde bekannt, daß man sich dort Hoffnungen mache, von Abflauen spricht, daß die Arbeiter sicher nach Ostern zu Kreuze kriechen würden. Der Saal dröhnte vor Lachen über diese naive Auffassung. Das Bewußtsein, daß ein Kampf um das Schicksal auf Jahre hinaus geführt wird, läßt keine Bonkeltmütigkeit aufkommen. Dagegen wird von Unternehmern durch ungezählte Annoncen in allen möglichen Zeitungen versucht, Leute zu bekommen. Die Firma Felix Weber, Leipzig, schreibt sogar an Arbeiter und will nach Feierabend für Streikbrecher bei dreistündiger Arbeit vier Stunden bezahlen. — Der Herr hätte in der Versammlung sein sollen. Alle Bauarbeiter machen wir noch einmal besonders darauf aufmerksam, daß das Verlegen von Gipsplatten bei der Stuck- und Gipsbaufachgruppe tarifiert war und während des Streiks zu ruhen hat. Es ist Pflicht aller Bauarbeiter, Solidarität zu üben.

Zum Streik an der Staatsoper.

Der Chorsänger- und Ballettverband schreibt uns: Der Streik des Chor- und Ballettpersonals der Staatsoper geht noch wie vor in vollem Umfange weiter. Anderalautende Meldungen der Intendantur sind unrichtig. Vielmehr hat sich die Situation insofern verschärft, als auch das Chorpersonal an verschiedenen anderen hiesigen Bühnen zugunsten ihrer streikenden Kollegen bei der Staatsoper Stellung genommen hat. So haben z. B. die Chor- und Ballettmittglieder vom Deutschen Opernhaus sowie von der Großen Volksoper bei ihren Bühnenleitungen die Erklärung abgegeben, daß diese bei der Generalverwaltung der Staatsoper auf Verhandlungen mit der Organisation und Beilegung des Streiks hinwirken sollen. Es besteht somit die Gefahr, daß die Chor- und Ballettpersonale der beiden vorgenannten Bühnen auf Offerte in einen Kampfstreik eintreten.

Anmerkung der Redaktion: Wenn man die durchaus bescheidenen Forderungen der Streikenden kennt und wenn man andererseits sich daran erinnert, daß der Streik wahrscheinlich längst beigelegt wäre, wenn die Generalverwaltung sich nicht auf Zurückhaltung des kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden (dem das Personal wiederholt sein Mißtrauen ausgesprochen hat) verweist hätte, dann muß man über die Haltung der Generalverwaltung staunen. Aber vielleicht hilft das Kultusministerium etwas nach?

Achtung, BSBG-Mitglieder! Heute (Donnerstag) abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelplatz 24-26, dringende Ratenergüsse über im BSBG organisierten BSBG-Berlinern und der Werksauschmittglieder. Die Abende haben die betreffenden Gewerkschaften darauf aufmerksam zu machen. Erscheinen alle! Ich bringe alle! Der Werksauschmitt.

Achtung, Baudelegierte!

Heute nachmittags 5 Uhr in den Residenz-Festsaal, Landsberger Str. 31, wichtige Versammlung aller Baudelegierten des Baugewerksbundes. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte sind als Ausweis vorzubringen.

Verband der Dachdecker, Freitag vormittags 10 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18, Mitgliederversammlung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revue: Dr. John Schlotzki; Dialekt und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Dr. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O. 40, Lindenstraße 3. Hierzu zwei Beilagen und „Fruchtstimm“.

Sophien-Säle Sophienstraße 18
Säle frei • Nrd. 9296

Jasmatzi-Dubec

beste $2\frac{1}{2}$ Zigarette



Die einzig Echte in der ges. gesch. Packung mit dem Tabakblatt
Aus reinen, echten Orienttabaken von ausgesuchter Qualität

Unübertrefflich!



Zu Ostern in den Frühling.

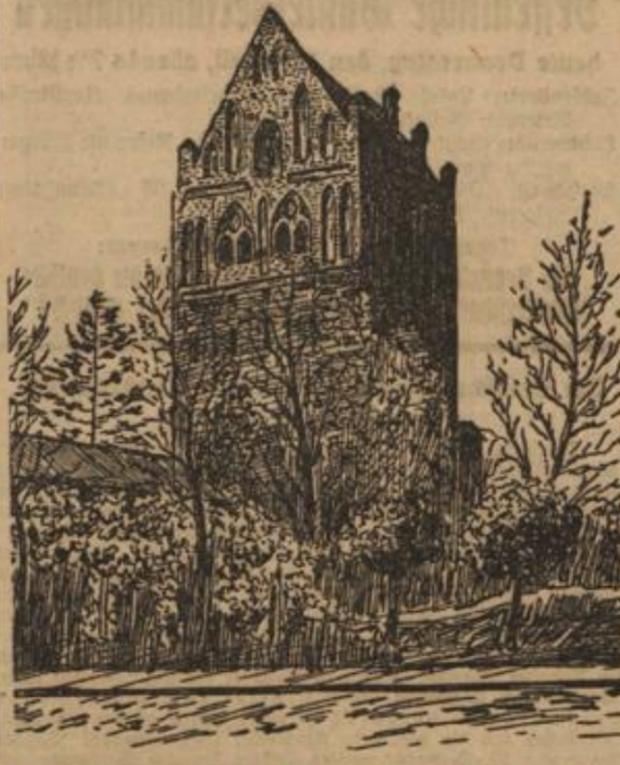
Alle Bestimmten, die uns immer wieder beweisen wollten, daß wir in diesem Jahr auch noch nicht zu Pfingsten warmes Wetter haben werden, das gestatte, in Feld und Flur den Staub der Stadt und die Sorgen des Alltags in der jubelnden Sonne abzustreifen, sind zusehender geworden. Das warme Wetter der letzten Tage und der wohlthuende Regen haben in der Natur alles wie mit einem Schloge verändert. In grünem Feiertagskleid, frühlingsblau, stehen die Sträucher, und es ist, als warte die nun verjüngte Natur auf die Gäste und die Wanderer aus der Stadt. Auf und hinaus ins Freie muß die Parole für die Ostertage lauten. Die Eisenbahnverwaltung hat auch ein Herz für die großstädtischen Menschen. Sie hat Karten für Ausflügler zu ermäßigten Preisen und mit zweitägiger Geltungsbauer aufgelegt, von denen gewiß viel Gebrauch gemacht werden wird. Wir bringen heute einen Plan für eine Wanderung durch die Uckermark mit ihren mannigfaltigen, landschaftlichen Reizen, und geben außerdem Fingerzeige für einige längere Touren in der Umgegend von Berlin.

Uckermark.

Vom Steintiner Fernbahnhof fahren wir über Eberswalde oder Löwenberg nach Templin. Durch das Berliner Tor betreten wir die Stadt. An das Tor schließt sich die gut erhaltene Stadtmauer an. Die Berliner Straße führt an der St. Georgsstraße, dem ältesten Bauwerk der Stadt, nördlich zum Marktplatz. Beim Prenzlauer Tor (vergl. Abbildung) verlassen wir die Stadt. Wir bleiben kurze Zeit auf der Prenzlauer Chaussee und wenden uns dann nach links zum Templiner See. Eine schöne Promenade zieht sich um den See hin; rechts auf der Anhöhe das vor einigen Jahren nach hier verlegte Joachimsthalsche Gymnasium. Bei dem Wirtshaus Fährtrug haben wir das Ende des Templiner Sees erreicht, der sich östlich in dem Fährsee fortsetzt. Auf der Prenzlauer Chaussee wandern wir über die Bahn, wenden uns bald links ab in einer Viertelstunde zum Gleuensee. Durch eine ehemalige Fiepel führt der Weg steil hinab zum Ufer. Ein schmaler Fußpfad bringt uns um den von alten Buchen umkränzten See zur Chaussee zurück. Wir wandern auf dieser nach links weiter, bis sich zur Rechten ein breites Wiesenfeld auftut, in das wir auf dem ersten Wege einbiegen. An der engsten Stelle des Tales liegt die Klosterwalder Mühle. Von hier wandern wir nach Norden, links von dem schön gelegenen Kleinen Dolgensee vorüber, nach Klosterwalde. Nicht in das Dorf hinein, sondern am Dorfbeginn sogleich rechts ab nach Herzfeld und weiter um den Trebomsee nach Wichmannsdorf. Zahlreich sind in diesem Gebiet die Sölle, kleine Kreiscumbe, mit Wasser gefüllte Senten, von denen man früher glaubte, sie seien Krater, die die zahlreichen Gesteinsblöcke in dieser Gegend ausgeworfen hätten. Jetzt weiß man, daß diese Blöcke durch das Inlandeis hierher gelangt sind und daß die Sölle ebenfalls zu den Spuren der Eiszeit gehören. Von Wichmannsdorf führt die Chaussee nach dem Fleden Boitzenburg. Nicht dabei liegt das Schloß, der Stammsitz der Großen Arnim. Es wird von einem schönen Park umgeben. In der Nähe der Tiergarten mit der Ruine des Klosters Marienforte, das 1209 gestiftet wurde; davor die Altwieskirche, eine gewaltige Kirche, die entrindet ist und Drehwuchs zeigt. Im Boitzenburger Tiergarten werden Wisente gehalten; der Garten gehört zu den wenigen Gebieten Europas, in denen dieses Wild der heimischen Urmäuler aus längst vergangenen Tagen noch gezeugt wird. (Weglänge Templin—Boitzenburg etwa 24 Kilometer.)

Von Boitzenburg nördlich über Zerwelin nach Arensdorf. Wir wandern jetzt im Gebiet der großen uckermärktischen Endmoräne; die Gegend ist hügelig und reich an Steinen. Westlich von Arensdorf liegt im Gebüsch versteckt eine wüste Kirche, wahrscheinlich die frühere Dorfkirche, die in den Kriegswirren der vergangenen Jahrhunderte

zerstört wurde. Am Haussee und dem Graf Schlippenbachschen Schloß und Park verläuft bis zum Westende von Arensdorf. Hinter dem letzten Hause auf dem rechts abgehenden Fußsteig (zuerst schwer erkennbar) durch Acker und Gehölz, den Niederbusch, zur Parnener Mühle und weiter an die Straße nach Fürstenwerder. Auch diese Straße führt durch das Endmoränegebiet. Von den Höhen schöne Fernsicht bis zu dem 170 Meter hohen Heipter Berg im Norden, unweit Woldegk in Neckenburg. Bei Fürstenwerder befindet sich früher ein Schotterwerk, das den Gesteinsreichtum der Endmoräne



zu Werksteinen und Schotter verarbeitet. Fürstenwerder, ehemals eine Grenzstadt der Uckermark, ist jetzt ein Fleden. Die Ruine mit den Tortürmen und vielen Weichhäusern ist noch erhalten. Der Ort liegt zwischen zwei fließenden Seen, dem Dammsee und dem Großen See. Entfernung von Boitzenburg etwa 18 Kilometer. — Wir wandern zum Berliner Tor hinaus, am Bahnhof der Prenzlauer Kreisbahn vorüber. Bald zweigt unser Weg von der Chaussee rechts ab nach Ferdinandshorst. Das Gelände ist auch hier äußerst hügelig und reich an Gesteinen und Sollen. Ueber Christianenhof kommen wir nach Schapow, das am Quilow-Bach liegt, einem Nebenflüßchen der Ucker. Unser Weg führt an der Dohmower Mühle, ebenfalls am Quilow, vorbei nach Wilhelmshof und weiter nach Güstow. Vor uns im Nedertal liegt Prenzlau, die alte uckermärktische Hauptstadt, überragt von dem gewaltigen Doppelturm der Marienkirche, „Stiefelnecht“ genannt. Der Weg zieht sich in das Tal hinab. Der Rundgang durch die an mittelalterlichen Bauschätzen überaus reiche Stadt verleiht unserer Oster-

wanderung durch die Uckermark einen würdigen Abschluß. (Weglänge Fürstenwerder—Prenzlau etwa 25 Kilometer.)

Haveland.

Unsere Wanderung beginnen wir in Potsdam. Ein Rundgang durch die Stadt bringt uns zum Neuen Garten und zur Meierei an dessen Nordende. Wir haben hier den Jungfernsee erreicht, eine sich weit hin erstreckende Ausbuchtung der Havel. Am Ufer des Sees wandern wir weiter nach Norden, am Wasserwerk vorbei, bis nach Redlich. Wir überschreiten den Salrow-Pareker Kanal und sind nun in Neu-Fahrland. Rechts dehnt sich der Behnigsee und der Krampnigsee aus, die nördliche Fortsetzung des Jungfernsees. Von Neu-Fahrland wenden wir uns halblinks, am Lasberg vorüber, nach Fahrland. Der Weg führt stellenweise in der Nähe des großen fast viereckigen Fahrländer Sees hin. Fahrland ist der Geburtsort des märkischen Dichters Schmidt von Neuhausen, der 1764 hier das Licht der Welt erblickte. Seine einfachen, manchmal kindlich anmutenden Verse wurden von Goethe weidlich verspottet. Von Fahrland führt der Weg teils durch Wiesen, teils an Aedern und kleinen Gehöften vorüber nach Marquardt an der Wubliß, einem Nebenflüßchen der Havel, das in der Gegend von Raven seinen Ursprung hat. Auf der Wanderung durch das freie Gelände spüren wir die herbe Schönheit des norddeutschen Frühling. Frischer Wind und klarer Sonnenschein, ein Wanderwetter, wie es uns die Ostertage hoffentlich bescheren werden, dann erleben wir den Frühling, der uns nach dem vergangenen langen Winter doppelt willkommen ist! Bei Marquardt erweitert sich die Wubliß zum Schänigsee, der vom Kanal getrennt wird. Wir verlassen das Dorf in südöstlicher Richtung. Bald überschreiten wir den Kanal wieder; die Straße führt anfangs durch ausgedehntes Wiesengelände, dann zwischen dem Kleinen Heineberg (links) und dem Großen Heineberg (rechts) hindurch, zuletzt über den Lirker Graben nach Bornim. Von hier wandern wir südöstlich, am Schloß Lindstedt vorüber, nach dem Neuen Palais und weiter zum Bahnhof Wildpark. (Weglänge etwa 25 Kilometer.)

Hangelsberg—Rüdersdorf.

Von der Stadtbahn fahren wir mit dem Zug nach Fürstenwalde (in Erftern umsteigen) bis Hangelsberg. Vom Bahnhof wenden wir uns nördlich bis zur Kreuzung mit dem Gestellweg B. Wir folgen diesem Gestellweg nach links; er bringt uns durch schönen Kiefernwald nach Klein-Ball. Hier haben wir die Bödnitz erreicht, diese Berge der märkischen Fließe, die ihren Ursprung im Roten Luch westlich von Müncheberg hat. In einem schönen Waldtal fließt sie bis Erftern, wo sie in den Flakensee mündet. Ihr Tal ist in die Ebene des Berliner Urstromtals eingeschnitten. Von Klein-Ball wandern wir in nordwestlicher Richtung durch den schönen Wald nach Alt-Buchhorst, das auf einer Landzunge zwischen dem Mollensee (rechts) und dem Beehsee (links) liegt. Diese Seen bilden eine Rinne, die sich in gleicher Richtung wie das Bödnigtal erstreckt. Sie setzt sich fort im Wersee und vereinigt sich dann mit der Bödnitz-Rinne. Diese Seenkette mit ihrem Kranz flechtiger Ortschaften an den Ufern ist ein beliebtes Berliner Ausflugsziel. Im Sommer vermitteln Rotorboote den Verkehr zwischen Alt-Buchhorst und Erftern. Von Alt-Buchhorst führt uns der Weg nordwestlich weiter. Das ebene Gelände zeigt uns an, daß wir noch im Urstromtal wandern. Der sandige, also nährstoffarme Boden dieses Tales eignet sich nicht zur Ackerwirtschaft; deshalb erstrecken sich hier stellenweise Kiefernwälder. Die Kiefer ist ein Baum, der auf einem derart geringen Boden noch gut gedeiht. Wir kommen zum Forsthaus Rüdersdorf. Hier wird das Gelände hügelig. Wir haben den Nordrand des Tals, die Barnimer Hochfläche, erreicht. Unsere Wanderung bringt uns zu dem alten Dorf Rüdersdorf und zu dem westlich gelegenen Dristell-Raitberg. Von dem Raitberg führt uns der Weg nach Süden zum 79 Meter hohen Schulenberg, bietet sich eine prächtige Fernsicht bis nach Strausberg, den Rauensteinen Bergen, den Golener Bergen und den Müggelbergen. Zu unseren Füßen liegen die Kalksteinbrüche von Rüdersdorf. Wir steigen hinab und machen noch einen Rundgang durch die Brüche, ehe wir vom Bahnhof Rüdersdorf die Heimfahrt antreten. (Weglänge etwa 20 Kilometer.)

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Täglich, vom frühen Morgen, bis in die späte Nacht hinein, beobachtete und erfüllt Jürgen das Leben, suchte er — begleitet von Wahnsinn und Revolver und immer bereit zum Schusse in das Herz — Bewußtsein und Weg. Wurde in seinem Kampfe, der in zweifachem Sinn ein Kampf um Sein oder Nichtsein war, noch wochenlang beständig hin und her geschleudert zwischen Hoffnung und Verzweiflung.

„Wo ist das Herz?“ hatte er einen Arzt gefragt.

„Zwischen der vierten und fünften Rippe, von oben gezählt.“

Und hatte, zu Hause angelangt, an seinem abgekehrten Brustkorb die Einschußstelle abgetastet, entschlossen, nicht eine Sekunde länger zu leben, wenn keine Hoffnung mehr sei.

Beobachtend lauschte er dem Leben und dabei immer in sich selbst hinein, folgte, ein zum Tode und zum Leben Entschlossener, jedem Fingerzeig, den die Umwelt gab, sprach mit Kindern und Greisen, mit Soldaten und mit Pferden. Das Erbkliden eines Hundes, der, von einer Frau forgezerrt, auf Jürgen zugestremt war, veranlaßte ihn, sofort zum Hundehändler zu gehen.

„Haben Sie einen Schnauz, der alles erträgt, nur nicht die Trennung von dem, dem seine Sympathie gehört?“

Im sonnigen Hofe stand reglos ein lunger, schwarzer Dackel, der, mit allen Nerven gleichzeitig, plötzlich hochflog, in der Luft herum, und wieder reglos stand, die verdrehten Augen auf Jürgen gerichtet.

„Einen Schnauz nicht. Aber das Mistvieh können Sie billig haben, mitsamt der Leine.“

„Er hat gute Augen. Wird er mit mir gehen?“ Der reglose Dackel starrte auf eine Fliege, hüpfte auf sie zu, starrte in den Himmel.

„Der geht mit jedem.“

Freudig bellend zerrte der Dackel, die Schnauze am Boden, Jürgen hinter sich her, aus dem Hofe hinaus.

Von dieser Stunde an unternahm Jürgen täglich weite Fußtouren. Er beachtete nicht Sonnenbrand, nicht Regen und hatte keine irdischen Ziele. Für ihn gab es Tag und Nacht, ob er wanderte und sonn oder schlief und träumte, nur das eine Ziel. Alles und nichts war ihm Wegweiser. Er existierte zwischen dem Ziele, das, ein farbloses, winziges Pünktchen in immer gleicher Entfernung am Horizont; seine große Hoffnung, und dem Schuß ins Herz, der die Erlösung von dem Wahnsinn; seine letzte Freiheit war.

Der alte Banderbeiter, krummgebogen von der Lebens-

arbeit, rückte die Mütze und deutete: „Ihr Hund jagt. Wenn ihn der Forstaufseher vor den Lauf bekommt, schießt er ihn.“

Aus dem hochstehenden Kleeblat tauchten, wie bei einem flüchtenden Ränguruh, abwechselnd Kopf und Hinterteil des Dackels empor, der die Kleeblättern übersprang und bei jedem Satze mit den Vorderpfoten tief einfiel. Jürgen horchte auf das scharfe, verzweifelte Bellen.

Und da geschah es, daß Jürgen, dem jede Sekunde Zeit unschätzbar teuer war, der um keinen Preis, den dieses Leben zu bieten hatte, eine Sekunde lang das Suchen nach sich selbst unterbrochen hätte, dieses große Suchen auf Leben und Tod unterbrach, um erst den gefährdeten Hund zu suchen.

„Was ist der Mensch und was der Sinn, der ihn bewegt? Wer vermöchte zu sagen, weshalb im Opfer der tiefste Sinn des Menschenlebens ruht?“ küsterte Jürgen, als er wieder auf dem Wege war, und begann zu weinen, laut und schrankenlos, in plötzlicher, wunderbarer Befreiung.

Der Hund dackelte neben dem Schluchzenden her, hügelan, zum Waldbrand. Vor Jürgen lag die Tiefebene, unüberschaubar weit und breit.

Zahllose junge Menschen, Mädchen, gebunden fragenden Blickes, Gymnasiasten, Studenten aller Nationen, standen dichtgedrängt, wartend auf das Wort. Immer neue Hügel, endlos, traten aus den Wäldern heraus, tauchten hinter den fernern und fernsten Hügelketten auf. Millionen füllten die Tiefebene. Auf der Schulter eines jeden Einzelnen tauerte ein unheimlich und böse blickendes Tier. Aller Augen waren auf Jürgen gerichtet.

„Folgt euren Vätern nicht, den alten Verdienern!“

Da häumten sich die Tiere, hielten die Fähne, sträubten die Rückenhaare, schlugen ihre Krallen in die Schultern der stöhnenden Jugend, stießen grovenvolle Töne aus, die Schreck und Machtlosigkeit verurichteten im Blick und im Gesichte der Jugend.

„Stoßt sie herunter von euren Schultern! Reißt sie heraus aus eurem Gesichte! . . . Macht euren guten Müttern Sorgen! Erkennt eure Aufgabe, und dann erfüllt sie! Tut ihr das nicht, dann geht ihr zugrunde, so oder so.“ begann Jürgen die große Rede an die Jugend, die zu einer Darstellung seines Lebens wurde und immer wieder von neuem in der Warnung gipfelte, nicht so zu tun, wie er getan habe.

Stunden später blickte Jürgen, sitzend am Fensterplatz des kleinen Cafés und vor sich schon das Glas voll dampfenden Glühweins, dunkel fragend hinüber auf das Knapferporthaus und mußte nicht, wie und wann und weshalb er hierher gekommen war.

Nach seiner Rückkehr in die Heimatstadt war das immer wieder geschehen, daß Jürgen bei den Wanderungen in und außerhalb der Stadt unversehens sich an Stellen befunden hatte, die durch Erlebnisse in der Vergangenheit für ihn bedeutsam geworden waren.

Da steht ein Mensch plötzlich vor einem schwarzen Tunnelloch, ganz erfüllt von dem Gefühle, vor diesem Tunnelloch schon einmal gestanden zu haben in einem früheren Dasein. Er sitzt auf einem Kilometerstein, sinnend und tief im Leben, und Strauch und Baum, der stille Waldraum und die schnurgerade Landstraße, die wie ein weißer Pfeil sich in den fernen Horizont verliert, sind rätselhaft vertraut dem unruhvollen Herzen.

Die Wand, die Jürgen ins Blick in das Gemeinere verstellte, rückt lautlos weg, und auf ihn brechen die Erinnerungen ein, so plötzlich und mit so lebendiger Gewalt, daß Jürgen in Abwehr schreit und bebt, gepackt von Angst, erdrückt zu werden von dieser Fülle, von des Bewußtseins blitzschneller Wiederkehr.

Um nicht Schaden zu nehmen an der Seele, bemüht sich der von Glück und Sein Durchblühte und Durchstürmte, das wiederkehrende Bewußtsein bewußt nur stückweise in sich einzulassen, lenkt sich ab, zählt, entlang dem Waldraum, genau dreihundert Tannentämme. Zählt und zählt, bebt und schließt und zählt, bedrängt von dem anstürmenden, von Stamm zu Stamm nachdrängenden Bewußtsein, das eine Sturmflut schmerzhaft lebendiger Erinnerungen mitführt, die ihm zum großen Rückblick werden, tief zurück in das Gemeinere.

Viele Tage und in Raß und Abwehr durchwachte Nächte waren vergangen, ehe Jürgen sich bereitet und stark genug gefühlt hatte, bewußt Erinnerungsorte aufzusuchen. Wieder sitzt er eine ganze Nacht in der Verbrennerkneipe und liest von den vermissten Gesichtern das schon Gewußte und das Bewußtsein des Berrates, den er begangen hat; sich von neuem in die Seele und weh, schweren Herzens, wieder: „Wer in diesem Leben nicht tief im Leide und im Kampfe steht, steht tief in Schuld.“

Die Straßenkreuzung, wo er Abschied genommen hatte von Katharina, glüht und brennt. Lange steht er, jögert er. Und plötzlich überquert er sie doch, in fliegender Eile, Schauer im Rückenmark.

In dem Raße, wie er das Bewußtsein wiedergewinnt, bricht auch das Leben in seiner Willkürsüßigkeit, die zu empfangen und zu begreifen der Mensch ein Menschenalter zur Verfügung hat, wieder in ihn ein, Hofweise und mit stolzer Wucht, daß er, bebend wie der Kaiserinadene, vor Sonne, Blau und Lärm steht, vor dem Kleinen Leben der Straße, den schweren Pferden, die arbeitstreu das Badsteinfuhrwerk bewacht, vor dem Sperling, der auf dem Pfister hüpf und in die Ritzen pickt.

Den Dackel an der Leine, schritt Jürgen aus der Stadt hinaus, auf der Raimauer städtischen, vorüber an einer Reihe Proletarierfrauen, die, kniend am Ufer, farbige Wäsche wuschen, an durchnähten Kindern vorbei, die Hasenanlagen bauten aus Sand und Dred.

(Schluß folgt.)

Fernsicht.

Wer geht in sonnigen Vormittagsstunden auf Landwegen wandert, die gerade sich aus der Starre der Frostnacht lösen, wird ein so weites Panorama vor sich sehen, wie es selten anzutreffen ist. Blau der Himmel, nur ein paar weiße Wölkchen schwimmen im Aether umher, langsam an einer Stelle rastend, als ob auch sie die Sonne so recht genießen wollten. Der Blick schweift über Felder und Wiesen und bleibt an einem Dörfchen haften — wie greifbar sehen die weißen Gebäude mit den roten Dächern vor unsrer Augen. Was sonst an weniger vom Licht begünstigten Tagen uns nur als eine Masse erschien, ist jetzt in seiner Gliederung zu sehen; wir erkennen die einzelnen Gehöfte, ihre Umzäunung sogar, und selbst die Baumpartien lassen individuelle Züge in Erscheinung treten, allerdings begünstigt durch den gänzlichen Mangel jeglicher Nebelung in diesem kalten Frühjahr. Wo ein Hügel noch weitere Ausblicke gewährt, ist die Ausbeute noch größer: was eine gute Stunde Marsch entfernt ist, zeigt sich so nahe, daß man versucht ist, auf einen Sprung hinüber zu eilen. Wer in den Bergen gewesen ist, weiß, wie oft die verheißene Fernsicht enttäuscht. Von der Waldburg über dem Bodensee sahen wir einst die Reihe der bayerischen und schweizer Alpen „handgreiflich“ vor uns, und der ergraute Kastellan sprach von der großen Seitenheit dieses Anblickes. Schon der nächste Tag, vielleicht die nächste Stunde, konnte die verhüllende atmosphärische Aenderung bringen.

Fernsicht! Wer wünschte sie sich nicht auch im Leben? „Wenn ich gewußt hätte“ — wie oft sagt man es später, im Rückblick auf den eingeschlagenen Weg, der sich als falsch erwies hat. Das deutsche Volk steht jetzt vor einem solchen Augenblick, wo die richtige Fernsicht not tut. Es soll wählen, soll den Weg angeben, den es gehen will. Da heißt es das richtige Ziel haben, den Blick für die Fernsicht haben. Wer sich von Augenblickszuständen leiten läßt, wird es meist zu bedauern haben. „Wer ausbarret, wird gekränkt“, heißt es auch auf politischem Gebiet, und nicht müde werden auf dem bisher gegangenen Wege ist das Gebot der Stunde. Fernsicht — darauf kommt es an.

55 Schuleinbrüche.

Aus Feindschaft gegen die menschliche Gesellschaft.

Ein gefährlicher Einbrecher, der die Feindschaft lange Zeit hindurch in außergewöhnlichem Maße beunruhigt hat, ist dank den umfangreichen Fahndungsmaßnahmen der Stuttgarter Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden.

Es handelt sich um einen 44jährigen verheirateten Kaufmann aus Stuttgart, der, mit Zuchthaus verurteilt, sich zunächst jahrelang vorwärtsgerichtet, schließlich aber aus angeblichem Haß gegen die menschliche Gesellschaft wieder angefangen hat, seine und seiner Familie Existenz ausschließlich auf die Begehung von Einbruchsdiebstählen abzustellen. Durch eingehendes Studium kriminalistischer Literatur hat sich der Täter zu seinem „Beruf“ geradezu wissenschaftlich vorbereitet und sodann im Sommer 1921 damit begonnen, aus Volksschulen, höheren Lehranstalten und Universitäten teure Instrumente (Mikroskope usw.), Platin und physikalische Apparate und schließlich auch wissenschaftliche Werke aller Art, insbesondere fremdsprachliche Wörterbücher, sowie Klassiker und Konversationslexika zu stehlen. Nebenbei zeigte er noch ganz besondere Vorliebe für Schreibmaschinen, die er in den meisten Fällen gleichfalls aus öffentlichen Gebäuden entwendete. Bei seinen Diebstählen sowohl, die er grundsätzlich ohne Helfershelfer ausführte, wie auch beim Abheben seiner Beute, ging er mit raffinierter Vorsicht zu Werk. Sein anfänglicher Versuch, unter Vorrichtung des „großen Unbekannten“ zu leugnen, mißlang gründlich. Das sorgfältig zusammengeordnete, erdrückende Beweismaterial veranlaßte den Täter schließlich auch zu einem umfassenden Geständnis, wonach bis jetzt 55 Einbrüche in Stuttgart, Cannstatt, Feuerbach, Eßlingen, Tübingen, Reutlingen, Heilbronn, Göppingen, Böblingen, Hohenheim, Kirchheim u. L. und Rürtingen verübt worden sind. In öffentlichen Gebäuden und kaufmännischen Bureaus als von ihm verübt aufgeführt werden konnten. Von besonderem öffentlichen Interesse sind dabei mehrere Einbrüche in die zur Universität Tübingen zählenden Institute und der im Frühjahr 1923 verübte Diebstahl aus dem württembergischen Schloss in der Wilhelma in Cannstatt. 31 Schreibmaschinen und eine große Menge wertvoller wissenschaftlicher Apparate und Bücher sind dem Täter in die Hände gefallen. Die meisten Sachen, namentlich alle Schreibmaschinen, sind über das besetzte Gebiet nach Frankreich gelangt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Eine Verhaftung auf hoher See.

Auf hoher See wurde ein Kaufmann Chiel Sczaffier, der in Berlin in der Alten Schönhauser Straße wohnte, verhaftet. Sczaffier, der mit Lumpen handelte, spiegelte vor einiger Zeit einem Landmann, der ebenfalls nach Berlin übersiedelt ist, ein größeres Geschäft vor, auf das dieser gern einging. Er erzählte ihm, daß er einen ganzen Waggon Lumpen in Götting gekauft habe. Er hätte die Ladung gern selbst in Berlin weiter verkauft, müsse aber in dringenden Geschäften nach Amerika abreisen und möchte sie deshalb gleich ab Götting weiter geben. Der Preis sollte 4500 Goldmark betragen und dafür verlangte er eine Anzahlung von 1500 Goldmark. Der Kaufliebhaber verband sich mit einem anderen, um die Anzahlung zu beschaffen. Sczaffier gab, nachdem er das Geld eingekassiert hatte, die Anweisung, daß der Waggon von Götting nach Berlin abgefordert werden sollte. Hier traf er jedoch nicht ein. Als

der Käufer sich nun in Götting erkundigte, erzählte er, daß das ganze ein groß angelegter Schwindel war. Sczaffier war unterdessen nach Hamburg abgefahren und hatte seine Familie in Berlin zurückgelassen. Als der Käufer nach Hamburg kam, war er gerade am Tage vorher mit dem Dampfer „Kap Bonario“ nach Rio de Janeiro ausgereist. Enttäuscht kehrte er nach Berlin zurück und klagte der Kriminalpolizei sein Leid. Auf sein dringendes Ersuchen gab die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl an den Kapitän des Dampfers, und so wurde der Schwindler festgenommen, bevor er in Rio an Land gehen konnte. Der nächste fällige Dampfer brachte ihn nach Bremerhaven zurück, wo er vorläufig bis zur Ueberführung nach Berlin in Gewahrsam genommen wurde. Wahrscheinlich ist dieses Vamperschiff nicht das einzige gewesen, das ihn zur Amerikareise veranlaßte. Sczaffier steht in dringendem Verdacht, unter anderem Dollarnoten gefälscht oder gefälschte in den Verkehr gebracht zu haben. Alle, die mit ihm zu tun gehabt haben, werden erlucht, sich bei Kriminalsekretär Neumann, Polizeipräsident, Zimmer 110, zu melden.

Öffentliche Wählerversammlungen

heute Donnerstag, den 17. April, abends 7 1/2 Uhr:

Zehlendorf: Lokal Komitee (Gesellschaftshaus), Karlsstraße.
Referent: Redakteur Ernst Reuter.

Lichtenrade: Gasthof Skeler, am Dorfsteich. Referent: Bürgermeister Paul Rielig.

Karlshorst: Fürstenhaus, Treptow-Allee 93 (Kernbahn).
Referent: Redakteur Viktor Schiff.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Die Bedeutung der Reichstagswahlen für die deutsche Arbeiterklasse“ — „Sozialdemokratisch oder völkisch?“

Der Geldschrankschlüssel unter dem Kleiderschrank.

Leichte Arbeit für Einbrecher.

Durch die geradezu unbegreifliche Sorglosigkeit eines Kassierers wurde Einbrechern die mühselige Arbeit des Geldschranköffnens erspart. Vor dem großen Schöffengericht Charlottenburg fand die Verhandlung gegen eine verurteilte Diebesbande statt. Wegen zahlreicher Einbrüche hatten sich der Stellmeister Wilhelm Senftleben, der Arbeiter Ernst Krumnow und der Former Karl Wendi zu verantworten. Die Angeklagten, die sämtlich bereits vielfach verurteilt sind, gehören einer Diebeskolonne an, deren Mitglieder in den letzten Jahren wiederholt vor Gericht gestanden haben. Wendi hatte durch einen Angestellten der Mikropa in Erfahrung gebracht, daß der in den Büroräumen der Gesellschaft im Anhalter Bahnhof beschäftigte Kassierer die Geheimschlüssel hatte, abends beim Weggehen die Schlösser zum Geldschrank unter ein Kleiderschrank zu legen. Diese günstige Gelegenheit ließen sich die gemalten Einbrecher nicht entgehen. In der Nacht zum 17. Dezember vorigen Jahres drangen Senftleben und Wendi in die Büroräume der Mikropa ein. Zufällig fanden sie auch den Schlüssel zum Geldschrank an der angegebenen Stelle unter dem Kleiderschrank. In wenigen Sekunden war der diebesfähige Geldschrank geöffnet und den Herren Einbrechern fielen für 17 000 Goldmark ausländische Noten mühelos in die Hände. Beträchtlich war, daß Senftleben und Wendi die Beute mit dem Bewährungsmann des letzteren teilen sollte. Senftleben verlor es aber, seine Genossen um ihren Anteil zu betteln. Nachdem er Wendi zuerst einmal 2000 M. abgegeben hatte, verschwand er mit dem Rest. Er verband sich dann mit dem geisteskranken Zigarrenmacher Baumgarten und verübte eine Reihe weiterer Einbrüche, bis sie verhaftet wurden. Baumgarten ist jetzt als gemeinschaftlich in eine Irrenanstalt gebracht. Der Angestellte der Mikropa, der den Tipp gegeben hatte, konnte nicht ermittelt werden. Der Vorstehende geht sehr scharf das schließliche Verhalten des Kassierers. Das Urteil lautete gegen Senftleben auf vier Jahre Zuchthaus, gegen Krumnow auf drei Jahre Zuchthaus und gegen Wendi auf zwei Jahre Gefängnis.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 17. April.

Tageszeitung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbrise. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

4.30—5 Uhr: Berliner Funk-Kapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag des Herrn Bruno Bürgel: „Menschen untereinander“. 7.30 Uhr: Vortrag: „Das besetzte Gebiet“. 8.30 Uhr: Klassischer Abend. 1. Adagio aus der Sonate D-dur für Violoncello, von Locatelli (Otto Urack, Violoncello). 2. Prolocke mein gläubiges Herz, von J. S. Bach (Charlotte Lindemann, von der Staatsoper, Berlin). 3. a) Gavotte, von Rameau, b) Echo, von J. J. Fischer. c) Menuett, von Mich. Haydn (Dr. Felix Günther, Klavier). Zwei Sätze aus der C-dur-Suite, für Violoncello allein, von J. S. Bach (Otto Urack). 5. a) Wiegenlied, von Mozart, b) Abendempfindung, von Mozart, c) Komm, Heber Mal, von Mozart (Charlotte Lindemann, von der Staatsoper, Berlin). 6. Andantino, von Padre Martini (Otto Urack, Violoncello). Am Flügel: Dr. Felix Günther.

Die „Hauptsache“ beim Magistratsabbau.

Der Eifer, mit dem in der Berliner Gemeindeverwaltung die bürgerlichen Parteien und besonders die von der äußersten Rechten auf den Abbau des Magistrats dringen, hat seinen wohlwollenden Grund. Daraus es ihnen ankommt, das ist die Erreichung des lange erstrebten Zieles, möglichst viele von den verhassten Sozialdemokraten aus dem Magistrat hinauszu- drängen. Einer der verhassten ist ihnen der Stadtschulrat, unser Genosse Paulsen. Um ihn loszuwerden, hat der zur Vorbereitung des Magistratsabbaues eingesetzte Stadterordneten- ausschuss jetzt nach einer ersten Beratung den sozialdemokratischen Antrag, den Posten des Stadtschulrats beizubehalten, abgelehnt. Der Einfall, in einer Viermillionenstadt sich ohne einheitliche Leitung des Schulwesens behelfen zu wollen, ist eine Tollheit. Aber nichts ist den Feinden der Sozialdemokratie so toll, wenn es dazu dienen kann, den Einfluß des Sozialismus zu schwächen. Paulsen soll „kein richtiger Verwaltungsbeamter“ sein, das ist noch der mildeste der Vorwürfe, die gegen ihn erhoben werden, um den wahren Beweggrund, den Haß gegen den Sozialdemokraten, zu demanteln. Ja, das können wir uns denken, daß die Bürgerlichen der Berliner Gemeindeverwaltung wieder, wie früher, in dem Stadtschulrat weiter nichts als einen Verwaltungsbeamten haben möchten, der nach ihrer Weise tanzt. Das ist Paulsens Verbrechen, daß er, ohne viele Worte zu machen, sich bemüht hat, der fortgeschrittenen Pädagogik auch im Berliner Schulwesen die Wege zu ebnen. Als „schlechter Verwaltungsbeamter“ wird er den Bürgerlichen schon deshalb gelten, weil er „nicht begriffen“ hat, daß der Abbau aller öffentlichen Einrichtungen sich auch auf das Schulwesen erstrecken soll. Seinen Anregungen und Mahnungen ist es zu danken, daß der Magistrat beschloß, das Schulwesen nicht weiter einzuschränken, sondern es in dem jetzigen Umfang zu belassen. Die Bevölkerung wird das dem Stadtschulrat Paulsen danken, aber den Feinden der Schule ist es ein Grund mehr, ihn zu haßen. Selbstverständlich ist der Ausschussbeschuß, den Posten des Stadtschulrats zu befehlen, kein endgültiger.

Zur Giftmordaffäre Bischof.

Die am vorigen Sonnabend ausgegrabene Leiche von Georg Körner, des Schwagers der Frau Bischof aus ihrer ersten Ehe, wurde gestern im Leichenhause in Anwesenheit des Untersuchungsrichters, Landgerichtsrat Krugl, von dem Gerichtsarzt Prof. Dr. Frankel obduziert. Frau Bischof hatte darauf verzichtet, dieser Amtshandlung beizuwohnen. Zu der Ausgrabung am Sonnabend auf dem Johannisfriedhof in Röhensee war sie jedoch in Begleitung von Gefängnisbeamten vorgeführt worden. Frau Bischof mußte dem Untersuchungsrichter befehlen, daß es sich um das richtige Grab handele. Sie blieb bei der Ausgrabung vollständig ruhig. Die Leiche ist außerordentlich gut erhalten, obwohl sie bereits 4 1/2 Jahre unter der Erde lag. Es werden nunmehr die Gerichtschemiker die sorgfältige Untersuchung der Leichenreste vornehmen, um festzustellen, ob sich die Vermutung der Anklagebehörde, daß eine Vergiftung durch Korprium oder Gas erfolgt ist, bestätigt. Uebrigens wurde mit dem Sarge auch die oberste Sandschicht aus dem Grabe zur Untersuchung herausgenommen. Gegenüber dahingehenden Gerüchten erklärt der Bertelbiger, Justizrat Bronker, daß er keineswegs beabsichtigt, Frau Bischof auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen, da Frau Bischof sich nicht auf den Sarg des 51 berufen will, sondern nach wie vor ihre völlige Unschuld an den vier Todesfällen behauptet.

Böswillige Alarmierung der Feuerwehre.

In der Nacht zum Mittwoch wurde die Berliner Feuerwehr übermüht mehrfach böswilliger Weise nach verschiedenen Straßen und Plätzen alarmiert. U. a. auch in der dritten Morgenstunde nach dem Friedrich-Karl-Platz an Bahnhof Westend. Zwei Frühgänger hielten den Täter bis zur Ankunft der Völschüge fest. Er entpuppte sich als ein Jodeli Johann Schuldt aus der Garbden-Korpsstraße 5 in Charlottenburg. Ferner wurde die Wehre nach böswilliger Weise nach der Dandelmannstraße 43 in Charlottenburg, Tiemannstraße (Feuerwehrt) und um 5 Uhr morgens nach der Reuenburger Straße 7 alarmiert, ohne daß es gelang, die Täter zu ermitteln. Gegen solche Streiche, die den ohnehin schweren Dienst der Feuerwehrleute durch ihre verbrecherische Handlungsweise noch mehr erschweren, kann gar nicht hart genug eingeschritten werden. Es ist nur zu wünschen, daß es gelingen möge, jeden, der mit der Feuerwehr sein Spiel treibt, zur Verantwortung zu ziehen.

Jubiläum der Arbeit. Vier Schriftsteller der Vorwärts-Buchdruckerei, die Genossen Max Blankenburg, Karl Kuste, Karl Behmüller und Albert Wachs begingen in leter Zeit das 50jährige Buchdruckerjubiläum. Sie befinden sich alle vier noch in körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische und wünschen wir, daß sie uns noch lange als treue Mitarbeiter erhalten bleiben. Zu ihren Ehren findet am 2. Osterfeiertag, 10 Uhr vormittags, in der Schultsch-Brauerei, Schönhauser Allee 36/39, ein Herrentanzen statt.

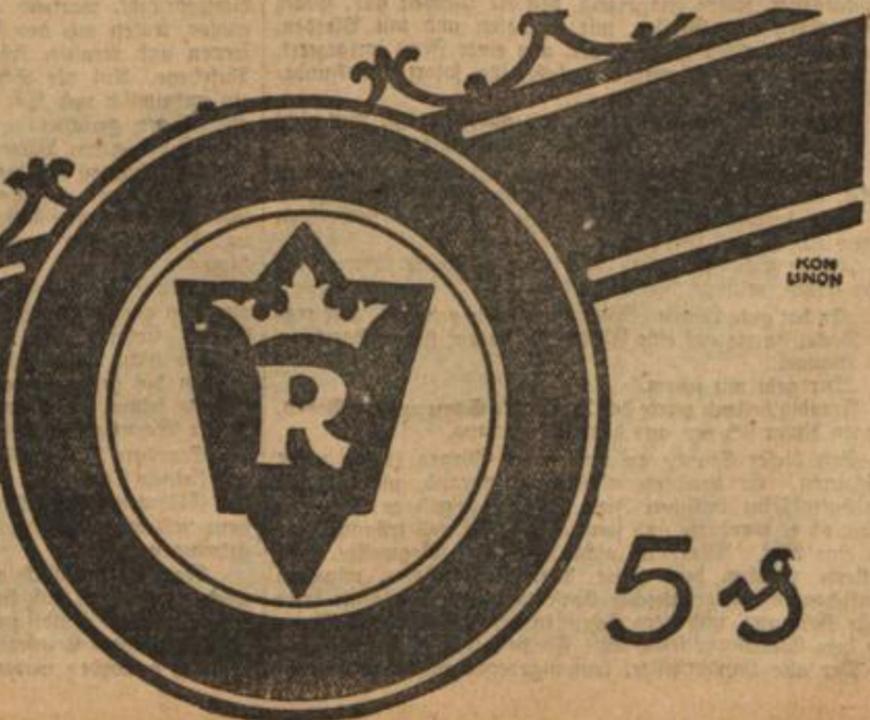
Beim Spielen ertrunken. Aus dem Urbanhofen wurde die Leiche des 6jährigen Schülers Heimut Müller, der bei seinen Eltern Diebstahlsverdacht trug, gefunden und vorläufig nach dem Krankenhaus gebracht. Der Knabe, der seit zwei Tagen vermißt wurde, ist wahrscheinlich beim Spielen am Ufer unbemerkt von anderen ins Wasser gefallen und ertrunken.

Die Bureaus und Kassen der Berliner Städtischen Wasserwerke Akt.-Ges. sind am Sonnabend, den 19. April, geschlossen.

Karfreitagskonzert im Sport-Palast. Die neue Oratorienbühne, die bis zu 1000 Mitwirkende fassen kann, ist fertiggestellt. Sie wird am Karfreitag zum erstenmal benutzt werden.

EINE ZIGARETTE VON RANG

MASSARY ROAL



KOM LINON

5-3

Die neuen Erdbeben. Der Herz des Erdbebens, das am 15. April mittags 1.40 Uhr in Mailand und Venedig veripiert worden ist, wird von der Erdbebenwarte von Padova in Dalmatien vermutet. Am Montag nachmittags 3 Uhr ist von den anderen italienischen Erdbebenwarten eine Erschütterung verzeichnet worden, deren Herz in einer Entfernung von 9000 Kilometer in östlicher Richtung liegen soll.

Die Erdbebengefahr in der Krain, über die schon wiederholt berichtet wurde, ist Gegenstand mehrerer Beratungen der Sowjetbehörden gewesen. Eine größere Summe für Befestigungsarbeiten an der Küste der Halbinsel ist bewilligt worden. Neuerdings hat ein Erdbeben in Vivadia der Warzfall beim ehemals kaiserlichen Aufschluß in die Gefahr des Einsturzes gebracht. Ein weiterer Erdbeben bei Simets hat die Straße nach Jalta teilweise verschüttet. Bei Tschukur ist die Chaussee durch einen breiten Erdriss gespalten und unfahrbar gemacht.

Ein neues Eisenbahnunglück bei Paris. Auf der Pariser Vorortstation St. Gervais stieß der Biarritz-Express mit einem Güterzuge zusammen. Der Zugführer des Expresszuges wurde getötet, zwei Passagiere und eine Anzahl Eisenbahnbeamte mehr oder minder schwer verletzt.

Feuer in einem Kohlensticht. Aus Mährisch-Ostau wird berichtet, daß in dem sogenannten Gobreichsticht Feuer ausgebrochen ist, das sich weiter ausbreitet. Der Feuerherd wurde durch starke Zementmauern begrenzt. Die Zeitdauer des unterirdischen Brandes wird, da sich ungeheure Kohlenmengen in dem Stichte befinden, auf mindestens zehn Jahre geschätzt. Der Schaden ist außerordentlich groß und wird sowohl über der Erde als auch in der Grube auf je 20 Millionen tschechische Kronen geschätzt.

Bergmannstod. Durch einen zu früh losgehenden Sprengschuß wurde einem Bergmann aus Laderode im Stacht zu Bischofsrode bei Veinefelde der Kopf buchstäblich vom Rumpfe gerissen.

Einen geradezu tollen Vorgang meldet die Eco-Korrespondenz aus Amsterdam. Danach hat die Polizei in der Gemeinde Baaren einen 55jährigen Bandbreiter, der dort am 25. März um Unterkunft für die Nacht bat, aufgenommen aber verweigert und so verhungern lassen. Die Nachricht klingt so ungläublich, daß sie nur mit Vorbehalt wiedergegeben werden kann.

Die Pest in Kaukasien. Die Sowjet-Gesundheitskommission hat 250 000 Goldrubel und die Mobilisierung aller Kräfte in Rußland verlangt zur Bekämpfung der Pest, die ganz Kaukasien bedroht und in den Wolgogegenden stark im Schreiten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis.

Schließliche Debatte und Abstimmung heute abend 6 1/2 Uhr im Reichstagsgebäude, Reichstagskammer, Reichstagskammer.

Heute, Donnerstag, den 17. April:

8. Ubr. 7 1/2 Uhr: bei Richter, Reichstagskammer, Reichstagskammer mit der Wahlkommission.
14. Ubr. Reichstagskammer, Öffentliche Wahlerversammlung ebenfalls 7 1/2 Uhr im Reichstagsgebäude, Reichstagskammer, Reichstagskammer.

Morgen, Freitag, den 18. April:

Wahlversammlung der Wahl- und Kreiswahlkommissionen, Wahlkommissionen 10 Uhr Wahlversammlung in der Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
21. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
44. Ubr. Wahlkommissionen 9 Uhr Wahlversammlung Reichstagskammer, Reichstagskammer.
101. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
128. bis 130. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
131. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.

18. Kreis, Dienstag, den 22. April, 6 1/2 Uhr, „Reichstagskammer“ im Reichstagsgebäude, Reichstagskammer, Reichstagskammer.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Mitglieder!

Zur Reichstagskammer Feierabend am Sonntag, den 27. d. M., sind Karten zum ermäßigten Preise im Jugendsekretariat zu haben. Der Warenausverkauf ist heute bis 7 Uhr geöffnet und am Osterfestabend geschlossen.

Heute, Donnerstag, den 17. April, abends 7 1/2 Uhr:

Gesundheitskammer 1: Schule, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
Reichstagskammer 1: Jugendheim, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
Reichstagskammer 2: Jugendheim, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
Reichstagskammer 3: Jugendheim, Reichstagskammer, Reichstagskammer.

Reichstagskammer 4: Jugendheim, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
Reichstagskammer 5: Jugendheim, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
Reichstagskammer 6: Jugendheim, Reichstagskammer, Reichstagskammer.

Beiträge für den Wahlfonds

werden noch immer notwendig gebraucht und mit herzlichem Dank entgegengenommen.

Die politischen Meuchelmörder lassen ihre Kassen aus großkapitalistischen und agrarischen Quellen reichlich speisen.

Und die Kommunisten

werden von der Moskauer Zentrale aus ebenso reichlich mit Geldmitteln versehen.

Unsere Kasse muß daher auch gestärkt werden

Jahle deshalb jeder, der es kann, schnell und reichlich auf Postcheckkonto 48 743, an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Arbeitersport.

Arbeitersport-Club, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
1. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
2. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
3. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
4. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
5. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
6. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
7. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
8. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
9. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
10. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
11. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
12. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
13. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
14. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
15. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
16. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
17. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
18. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
19. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
20. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
21. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
22. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
23. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
24. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
25. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
26. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
27. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
28. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
29. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.
30. Ubr. Reichstagskammer, Reichstagskammer, Reichstagskammer.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Mittwoch, den 16. April:

1. Rennen 1. Oro (Hartmannsdamm), 2. Landrichter (Regal), 3. Turfball (Schumma). Toto: 60:10. Platz 60, 27:10. Ferner lief: Lor du Quinto.
2. Rennen 1. Schnuck II (v. Falkenhahn), 2. Wetterfische (v. Herber), 3. Ravenna (v. Bachmann). Toto: 60:10. Platz 16, 12:10. Ferner lief: Gall.
3. Rennen 1. Glockler (D. Müller), 2. Höhenrauch (Kaiser), 3. Rosenfeld (Oberl). Toto: 39:10. Platz: 21, 51, 19:10. Ferner liefen: Primadora, Niederwald, Eberan, Irene Nacht, Christina.
4. Rennen 1. Diffe (R. Edler), 2. Verja (Eberl). Toto: 11:10. 2. liefen.
5. Rennen 1. Robespierre (D. Ludwig), 2. Catania (Hessebrandt), 3. Gerschauer (Quade). Toto: 110:10. Platz: 55, 47:10. Ferner liefen: Rosenfeld, Hölzer, Hölzer.
6. Rennen 1. Eichen (Bismarck), 2. Haffig (Derief), 3. Burggraber (Kufalles). Toto: 22:10. Platz: 11, 10:10. Ferner lief: Elvia.
7. Rennen 1. Asia Margana II (D. Schmidt), 2. Diamant (D. Ludwig), 3. Eham Dich (Quade). Toto: 13:10. Platz 10, 10:10. Ferner lief: Erdbecker.

Verbandstag der Textilarbeiter.

Kassel, den 16. April. (Eigener Drahtbericht.)

Zur Mittwochvormittag wurde in der hiesigen Stadthalle die 15. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes durch den Verbandsvorsitzenden Hübsch eröffnet. Der Kongress ist von zahlreichen in- und ausländischen Gästen besucht. Oberbürgermeister Genosse Scheidemann begrüßte die Vertreter der Textilarbeiter und sprach die Hoffnung aus, daß der Verbandstag mit dazu beitragen werde, die unbedingt notwendige Einheit der Arbeiterbewegung herbeizuführen. Von ausländischen Gästen sprachen Kaiser-Lietholomaei, Gessel, Mühlhausen im Kaff und Fischer-Wien. Für den DGB begrüßte Genosse Müller den Kongress.

Bei der Feststellung der Geschäftsordnung verhielten die wenigen kommunistischen Delegierten eine erregte Debatte zu entfesseln. Der Versuch wurde jedoch von der großen Mehrheit des Verbandstages vereitelt. Mit der gleichen Mehrheit wurde die Geschäftsordnung angenommen, das Bureau und die Mandatsprüfungskommission gewählt.

Den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes erstattete Jaedel. Er dankte zunächst, daß die kommunistischen Delegierten von Moskau angewiesen sind, den Verhandlungen alle nur möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Eine zu diesem Zweck erlassene kommunistische Instruktionvorschrift sei im Besitz des Verbandsvorstandes. Die Generalversammlung habe den besonderen Zweck, die kommunistischen Verbandssprenger zur Verantwortung zu bringen; es müsse von ihnen verlangt werden, daß sie sich den Beschlüssen der Mehrheit fügen und nicht auf Befehl Moskaus gegen den Verband intrigieren. Es handle sich um die Herstellung der Geschlossenheit des Verbandes, um auf gewerkschaftlicher Grundlage für die Arbeiterkassen zu kämpfen.

Jaedel ging dann auf die kommunistischen Vorwürfe gegen die Gewerkschaften ein und zeigte, daß die gewalttätige Konzentration des Kapitals in Verbindung mit der Wirtschaftskrise es den Gewerkschaften unmöglich gemacht habe, mehr zu leisten, als es geschah. Es fehle die intellektuelle Vorbereitung der Arbeiterkassen, um die Umstellung der Wirtschaft mit Erfolg betreiben zu können. Dieser geistigen Vorbereitung müsse die Arbeit des Verbandes gelten. Mit dem Generalfreitag allein sei nichts erreicht. Alle kommunistischen Aufstände hätten nur von Niederlage zu Niederlage geführt und die Arbeiterbewegung außerordentlich geschwächt. Der Redner streifte dann in Verbindung mit dem Reparationsproblem das Ruhrabenteuer und verteidigte die in diesen Fragen betriebene Politik der Gewerkschaften. Weiter wandte er sich gegen den Versuch der Kommunisten, den Textilarbeiterverband der Internationalen Arbeiterhilfe dienstbar zu machen; diese sei eine rein kommunistische Agitationszentrale. Den kommunistischen Zerplitterern müsse der Verbandstag zurufen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Es sei falsch, wenn man die Aufhebung des Achtstundentages allein dem Ermächtigungsgesetz zuschreibe. Wenn die Arbeiterkassen sich zu ihrer Kraft zurückgefunden habe, werde sie sich auch den Achtstundentag wiederholen. Dazu sei aber die Bildung einer wirklichen Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterkassen die unerlässliche Vorbedingung. (Beif. Beif.)

In der Nachmittagsstunde erstattete Jechms den Rassenbericht. Darauf berichtete Feinhals über Tarif- und Lohnbewegungen. Der Textilarbeiterverband habe das Kämpfen keineswegs verlernt. Zwar sei man nicht auf die „revolutionäre“ Praxis der Kommunisten verfallen, sondern habe die Kämpfe auf gewerkschaftlicher Grundlage erfolgreich durchgeführt. Wenn es auch in der Inflationszeit nicht möglich gewesen sei, die Löhne reiflos der Geldentwertung anzupassen, so seien doch immerhin beachtliche Fortschritte erzielt worden. Mitte 1923 habe die kommunistische Wählerarbeit im Verband eingesetzt, und von diesem Zeitpunkt an sei die Durchführung der Kämpfe ganz erheblich erschwert worden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Volksgesundheit, Ortsverein Berlin, Vortrag: Soehns Frau und unsere Kultur. Referent Genosse S. Hauptmann. Vorträge finden Donnerstags in der Schule Niedermarkt, 7. Post, Anfang 7 1/2 Uhr, Diskuffion.

Der gesunde Bohnenkaffee-Ersatz für Magen und Nierenkranke

Mofasan

Koch & Seeland
an der Spitze der Leistungsfähigkeit!

Sportanzugsioe
Homespun, „reine Wolle“ Mr. 6.⁵⁰

Damen-Kostümstoffe Donegal
„reine Wolle“ 1.40 breit Mr. 4.⁵⁰

Straußentstr. 20/21 Sagn 1893

Max Stummel spricht:



Meine Herren! Gestatten Sie auch mir einige Worte. Trotzdem wir allen Grund haben, unserem verehrten Vorsitzenden Herrn Paffke blind zu vertrauen, so möchte ich doch bei der Wichtigkeit der Sache weitere Unterlagen haben. Ich stelle daher den Antrag, vor der Diskussion die Kommission zu hören, die wir zur Prüfung der Güte der TELEPATH eingesetzt haben

(Fortsetzung folgt)

Donnerstag und Sonnabend verkaufen wir zu Aufsehen erregenden billigen Preisen

Gelegenheits-Kaufhaus

58a Moritzplatz 58a

200 Herren-Anzüge Mark 25.-
200 Herren-Anzüge Mark 35.-
100 Herren-Anzüge Mark 45.-

Herren- und Damen-Ulster
Pelzwaren :: Gummimäntel
Wäsche :: Teppiche :: Gardinen

Die Bedrohung der Demokratie.

Putschismus und Schwerindustrie.

Ludendorff und Hitler wollten gemeinsam die völkische Diktatur in Deutschland errichten. Sie wollten die republikanische Verfassung zerstören, jede freihellische Regierung in Deutschland unterdrücken.

Aber was wären Ludendorff und Hitler, wenn nicht andere mächtige Kräfte hinter ihnen ständen! Was wäre die sogenannte völkische Bewegung in Deutschland, wenn sie nicht getragen und gestützt würde von der deutschen Schwerindustrie?

Die Schwerindustrie ist der große und gefährliche Feind der deutschen Demokratie. Sie hat die ungeschriebene Verfassung Deutschlands verändert. Sie hat im sozialen Leben Deutschlands den Geist der brutalen Obrigkeitsherrschaft den Massen gegenüber wieder lebendig gemacht.

Eine Demokratie, die es nicht versteht, vom Staate her das Wirken dieser Mächte zu begrenzen und einzugliedern in eine wahrhaft demokratische Verfassung, vergißt ihre Verpflichtungen gegenüber ihren politischen Grundfragen.

Die demokratische Verfassung ist in Gefahr! Die Macht der Schwerindustrie bedroht ihre Grundlagen. Ein Volksurteil für die demokratische Republik, für die Vereinigte Sozialdemokratie muß sie schützen!

Völkische Größen.

Aus dem Wahlkampf in der „Ordnungszelle“.

Der Herr Sandlung: eine überfüllte sozialdemokratische Wahlerversammlung in einem oberbayerischen Gehirngort. Bundeinwohner: der sozialdemokratische Kandidat, der völkische Kandidat, ein preussischer Hauptmann a. D.

Als wir noch einen Kaiser hatten!

Vier kleine harmlose Geschichten für jung und alt.

„Er“ reifte wieder mal durch Sein Land und gnädig, wie immer, beehrte er auch einen biederen Landjunker mit seinem Besuche. Der Hofmarschall lehnte den also Geehrten rechtzeitig vorher von der Allerhöchsten Heimsuchung in Kenntnis und hat, einen würdigen Empfang zu bereiten.

Was auch mit Hilfe von zwei neuen Hypotheken und wochenlangem Schweißpergessen sämtlicher Kossäten des Gutes geschah. Der große Tag kam heran und alles war herrlich zugerichtet.

„Er“ kam, bezauberte alles mit seiner Lebenswürdigkeit und nahm nach einer Viertelstunde gnädigen Abschied mit den huldreichen Worten: „Und was mich am meisten gefreut hat, mein lieber R., ist, daß Sie so gar keine Umstände gemacht haben!“

Göttliche Rangordnung.

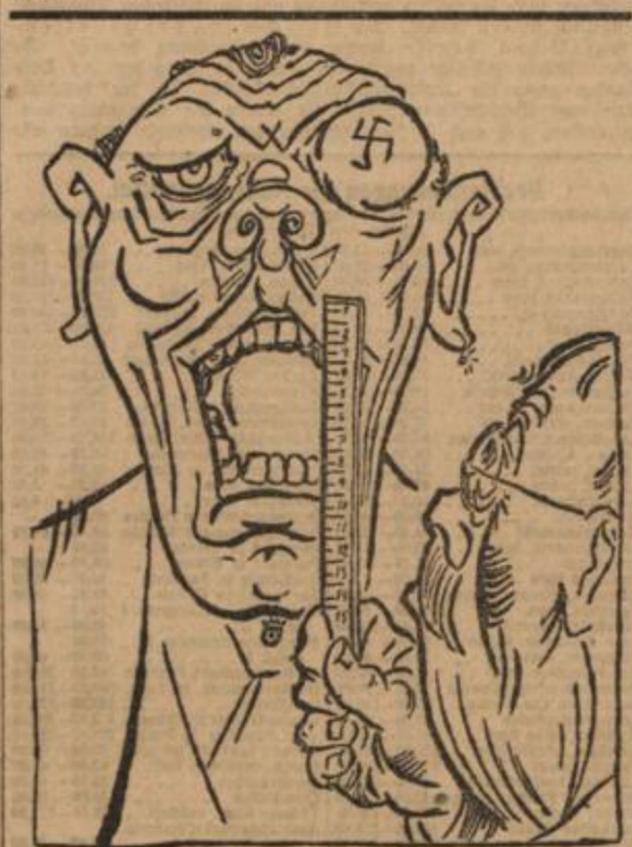
In einer Instruktion wurde befohlen ein Feldwebel seine Kräfte über die Geheimnisse der Ehrenbezeugung gegen ihre Vorgesetzten. Erst kommt die Garde, dann die Linke und schließlich ist auch noch die Marine da, die haben zwar Kragen wie's Jügel und Hofen wie's Jügel, aber ich kann Euch nicht Wissen, grüßen müßt Ihr sie doch!“

Der deutsche Idealismus.

In Ostpreußen war der Dorfschullehrer meistens darauf angewiesen, bei den reichen Bauern und dem Gutsherrn seines Dorfes reichlich zu essen, was einen integrierenden Teil seines fürstlichen Gehaltes ausmachte. Die Kost war in guter Abicht nicht zu üppig gehalten, um den ansehenden Volksbildhauer vor Völlerei und daraus resultierendem Uebermut zu schützen.

„Gut! Frau, die Schullehrer hat noch mal Eelen übrig laien — pot fall ist dormit daunt?“

„Sie, Herr Saenger, des müssen's selber zugeb'n, daß der Raste sich in Hannover a Hotel 'laufft hat'. Herr Ahner, sind Sie, bitte, so freundlich und sagen Sie mir, woher Sie das wissen.“



Das völkische Maul. Wie die Kandidatenauslese der Völkischen erfolgt.

Sodann folgten noch einige theoretische volkswirtschaftliche Ausführungen des Herrn deutschvölkischen Kandidaten sowie sein Programm, daß er einem jeden, der über Ludendorff etwas sage, in die „Reißer“ (= Maul) einreihen werde.

Völkischer Haßgesang. Und wer hat ihn gezüchtet?

Die völkische Propaganda appelliert nicht an wahres Nationalgefühl, sondern sie spekuliert auf unedle Instinkte und Leidenschaften. Sie ist erfüllt von dem Geiste der stillosen Verrohung, sie rechnet darauf, daß die Leiden des Krieges und der Inflationszeit die niederen Leidenschaften gestärkt haben.

Deutsche Chronik.

1. Wie auf dem letzten Kongresse der Botaniker mitgeteilt wurde, ist es Herrn Professor Knackwurst, dem Erfinder des Dörrengemüses und des „blauen Heinrich“, gelungen, nach jahrelangen Versuchen den Schimmelpilz, wie er ganz besonders in Berliner Kellerwohnungen vorkommt, zu einem wohlschmeckenden und leichtverdaulichen Nahrungsmittel zu verarbeiten.

2. Adolf Hitler hat mit dem weißbekannten Zirkus Barnum einen Vertrag abgeschlossen, der ihn zu einer Wirtstagstournee durch Nordamerika verpflichtet. Er wird allabendlich den völkischen Gedanken in der Welt seinen Zuhörern vorführen.

3. Der Nationalverband deutscher Offiziere hat einstimmig beschlossen, in Zukunft auf das Indengold der III. Republik als Pensionszahlung zu verzichten. Dem kaiserlichen Büren der Reichs-

„Das völkische Gewissen Deutschlands verlangt als Antwort eine systematische Erziehung aller Schichten des Volkes zum Haß. Fort mit dem Verstand der Völkerverführung. Wir wollen eine Volkserziehung, um uns hart zu machen in einmütigen Haß. Wir wollen nicht den Völkerverstand, wir brauchen einen Volkserziehung, Haß in der Kirche, Haß in der Schule, Haß in der Straße, Haß in der Kaserne, Haß im Herzen, Haß in der Haut... ein einziger großer Haß von 75 Millionen Deutschen.“

Für dies deutschvölkische Revolutionsgeschwätz mußte die Bevölkerung des besetzten Gebietes büßen! Es gibt den Vorwand ab für die brutale Unterdrückungspolitik der französischen Chauvinisten.

Den Boden für die deutschvölkischen Haßgesänge aber hat die deutschnationale Reichstagsfraktion geschaffen. Als am 23. Juni 1922 der Minister des Reichens Dr. Rathenau einen sachlichen, von nationaler Würde getragenen, überaus eindrucksvollen Protest gegen das französische Regime im Saargebiet richtete, antwortete Haßferrich mit jener Hejrede, der am anderen Tage die Ermordung Rathenaus folgte.

Ludendorff und die Juden.

„Die jüdischen Komitees, die über die meisten Mittel verfügen und sie auch aus Amerika bezogen, haben großzügig und nützlich gewirkt. Ihre Tätigkeit erwackte sich Anerkennung und bewies den starken Zusammenhang dieses Volkes. Die erste jüdische Volkstüchtigkeit, die in Romno entstand, trug meinen Namen. Der Feldrabbiner Rosenfeld haite mich darum gebeten.“

„Die Befennnisse wurden in ihrer Ausführung durch nichts behindert. Wir gingen in dem Eulgegenkommen so weit, daß wir die Ausgabe von Weizenmehl an die Juden zur Mahenerhebung ermöglichten!“

Höhepunkte der Diskussion.

Ein Genosse, der kürzlich eine Redekampagne durch das Ruhrgebiet unternahm, sendet uns folgende Redebüchlein aus kommunikativen Diskussionen:

„Ich freue mich, daß Stinnes tot ist. Ich bedauere nur, daß er eines natürlichen Todes gestorben ist.“

„Der ins Parlament geht, wird ein schlechter Mensch.“ (Zuruf: Na, und die Kommunisten?) „Ja, die gehen doch nicht ins Parlament, um dort zu arbeiten!“

„Der sozialdemokratische Redner ist gewiss ein gebildeter Mann. Aber ich stelle fest, daß er seine ganze Bildung auf Kosten des Proletariats erworben hat.“

So reden die Kommunisten im Ruhrgebiet. Hier bei uns reden sie natürlich viel geschickter. Oder etwa nicht?

Kandidaturen. Dinter hat das ersehnte Mandat.

Frankfurt a. Main, 16. April. (II.) Die Einigung ober völkischen Gruppen und Parteien in Hessen für die bevorstehenden Reichstagswahlen ist erfolgt. Die Völkischen werden unter der Bezeichnung „Völkisch-Sozialer Block“ in den Wahlkampf eintreten und haben folgende Liste aufgestellt: 1. Dr. Erich Dinter, 2. Alfred Langula, Regierungsdirektor in Frankfurt am Main, 3. Heinrich Lind, Weiger in Gießen, 4. Dr. Werner, Gerichtsdirektor in Darmstadt.

Wahrheit.

„An den Stühlsäulen steht ein Plakat, auf dem steht: 'Haltet die Wahrung! Wählt deutsche Volkspartei!'“

Dieses schöne Plakat wird von vielen als ein Rätsel angesehen, um dessen Lösung sie sich ringend bemühen. Da diesmal zum Beispiel zwei stehen an der Stühlsäule, und der eine sagt zu seinem Begleiter: „Niet mal dat Plakat! Wechte, wat dat hecht?“

„Ne!“ gibt der andere mit erwidriger Ehrlichkeit zurück. „Na, Mensch, dat is doch klar! Eine Mark kriegt der, der den Stühlsäule haucht, der uff'n Plakat steht!“

Ein anderer wieder, der im Vorübergehen die Worte auf der Säule liest, erklärt: „Für eine Mark is die ganze Volkspartei zu haben!“

Dann kommt einer, der anscheinend kässlich gebildet ist, der liest und ruft lachend aus: „Erkläret mir, Graf Derindur...“

Aber alle diese Deutungen sind entschieden weit abwegig. Dieses Plakat ist doch natürlich weiter nichts anderes, als die wirkungsvolle Illustration der Worte, die die Reichsparteien alle auf ihr Plakat im Wahlkampf geschrieben haben: Es lebe die Vogel!

Wirtschaft

Steuerpreis / Verkaufspreis / Pachtpreis.

Das Land ist leider in unvorantastlich hohem Grade im Besitz solcher, die es nicht bearbeiten, sondern es bloß besitzen und an solche verpachten, die es bearbeiten wollen. Wären der Staat oder die Gemeinde die Besitzer, dann ginge die Pacht wenigstens in die Kasse der Gesamtheit und würde auch wieder zum Nutzen der Pächter mitverwendet. Das wäre besonders dann bedeutungsvoll, wenn das ganze Land im Staats- oder Gemeindebesitz wäre.

Dieser Staats- und Gemeindebesitz am Boden kann ohne Revolution im Gewaltstadium hergestellt werden, wenn die Besteuerung des Bodens nach dem gemeinen Werte erfolgt, nach dem allgemeinen Werte, nach dem Verkaufswerte, nach dem Durchschnittswerte. Denn dann ist der Staat mit einem Schlage zum Obergewaltiger gemacht, an dem der Wert des Bodens gemäß einer Pacht, gleichsam eine Erbpacht, gezahlt werden muß. Es kommt dann nur darauf an, die Höhe der Steuer allmählich so zu steigern, daß der Staat immer mehr Obergewaltiger wird. Vor allem aber muß diese Steuer auch eine progressive sein. Wer mehr Land hat oder haben will, muß höhere Steuern zahlen, als wer wenig Land unter sich hat. Der sittliche Anspruch auf mehr Land kann nur damit erworben werden, daß der Besitzer an die Gesamtheit eine höhere Steuer zu zahlen vermag als der Besitzer eines kleineren Stückes Land. Bisher ist es bekanntlich zumest umgekehrt gewesen, der Großgrundbesitzer zahlte von derselben Verteiltheit Bodenfläche eine weit geringere Steuer als der kleine Besitzer. In Anhalt ist dies Unrecht beseitigt, in Preußen besteht es noch.

Die Grundwertsteuer hat auch für den Pachtpreis eine große Bedeutung, oder kann sie doch für ihn gewinnen. Der übliche Pachtpreis ist der, der durch das Meistbietungsverfahren zustande kommt. Das gilt besonders für die kleinen Pächter. Für große Domänen gibt es nicht so viele konkurrierende Bewerber, weil zur Übernahmeh einer Domäne ein großes Kapital erforderlich ist, das nur wenige haben. Anders ist es mit dem Pachten kleinerer Flächen. Da gibt es zumest viele landungswillige Bewerber, die sich zu ganz ungewöhnlich hohen Pachten hinaufschrauben. Da sollte ein ganz anderes Pachtungs-system Platz greifen. Es sollte schließlich vorgeschrieben werden, daß Land im Maximum von 4 Proz. vom Steuerwert eines Grundstücks verpachtet werden dürfe. Denn es ist nicht zu rechtfertigen, dem der auf dem Lande als arbeitender Mensch tätig ist, mit mehr als 4 Proz. vom Bodenwert zu belasten. Wohlgemerkt, diese 4 Proz. sollen ein Maximum darstellen. Wenn der arbeitende Landwirt wegen der allgemeinen Produktionsverhältnisse auch diese nicht herauswirtschaften kann, dann ist das betreffende Land nicht so viel wert, dann muß es auch in der Steuer herabgesetzt werden. Es wäre aber eine sehr heilsame gesetzliche Ordnung, wenn es hieße, ein Land habe an Pacht im Höchstmaß 4 Proz. vom Wert zu bringen, der bei der Grundwertsteuer angenommen werde. Auch müßte es zu dem Preise an die Gemeinde oder den Staat verkauft werden, falls es überhaupt verkauft werden sollte, der bei der Besteuerung angelegt worden ist, denn falls ein höherer Wert angelegt würde, wäre ja der Beweis erbracht, daß es bei der Besteuerung zu niedrig bewertet worden wäre.

Bringt man so Steuerpreis, Verkaufspreis und Pachtungspreis in organische Verbindung und bestimmt man endlich nach dem so festgelegten Grundwert eine gesetzliche Besetzungsgrenze, dann sind geordnete Verhältnisse in der Landwirtschaft zu erwarten. Verkauf, Verpachtung und Besteuerung erzeugen alsdann eine Tendenz zu möglichst hoher Bewertung des Bodens, wogegen die Besteuerung einer zu hohen Bewertung entgegenwirkt. Der so herausgefundene Bodenwert wird der Wahr-

heit und Zurechnlichkeit am nächsten kommen. Wird dann die Gemeinde oder ein in ihr nach gesetzlichen Normen zu bildender Ausschuss mit der Verpachtung nach dem Grundjah des Bedürfnisses betraut, dann kommt in die ganze landwirtschaftliche Produktion Ordnung und Gerechtigkeit.

Wäge jeder, der diese Grundzüge anerkennt, für ihre Vermittlung in der staatlichen Gesetzgebung wirken, dann wird Friede und Freiheit in die landwirtschaftliche Produktion einziehen.

H. Reus - Dessau.

Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Vorstand und Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hielten am 7. und 8. April in Hamburg eine gemeinschaftliche Sitzung ab. Bei dem Bericht über die wirtschaftliche Lage der deutschen Konsumgenossenschaften wurden die Maßnahmen des Vorstandes uneingeschränkt gebilligt. Weiter wurde die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats, die Lohnzahlung in Waren, das Steuerrecht der Genossenschaften, das Nachtarbeiterlohn, Tarifforderungen, die Tätigkeit des freien Ausschusses, das Kartellwesen, internationale Angelegenheiten, die Zugehörigkeit zu den Berufs-genossenschaften, das Konsumgenossenschaftliche Vornamenswesen und eine ganze Anzahl regelmäßig wiederkehrender organisatorischer Fragen gründlich behandelt, wobei auch Uebereinstimmung der Auffassungen über die bereits getroffenen und zu treffenden Maßnahmen festgestellt werden konnte. Der Ausschuss der genossenschaftlichen Presse wurde mit Genehmigung begrüßt. In der Hinsicht gebilligt wurde das energische Vorgehen des Vorstandes gegen die kommunistischen Verbrechen an der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß auch künftig nicht nur der Vorstand, sondern alle

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose .. 16,00 - 17,25	Malzkaffee, gepackt .. 23,00 - 25,00
Gerstengraupen, lose .. 16,00 - 17,00	Rübzucker, lose .. 16,50 - 18,00
Hafersflocken, lose .. 15,75 - 16,00	Kakao, fettarm .. 100,00 - 125,00
Hafersgrütze, lose .. 16,00 - 16,50	Kakao, leicht entölt .. 130,00 - 155,00
Roggenmehl 07 .. 12,75 - 14,00	Tea, Souchon, gepackt .. 350,00 - 420,00
Weizenmehl .. 22,00 - 25,50	Tea, indischer, gepackt .. 425,00 - 500,00
Haarfrücht .. 14,50 - 16,00	Inlandszucker basis mel .. 40,00 - 42,50
Weizen-Auszugmehl .. 17,00 - 18,00	Inlandszucker Raffinade .. 45,00 - 48,00
Speiseerbsen, Viktoria .. 19,00 - 22,75	Zucker Würfel .. 34,00 - 40,00
Sojabohnen, kleine .. 14,00 - 17,00	Konstanz .. 34,00 - 40,00
Bohnen, weiße, lert .. 22,25 - 24,50	Zuckersirup hell in Eim .. 43,00 - 49,00
Langbohnen, handvaries .. 30,00 - 32,50	Zuckersirup dunk in Eim .. 39,00 - 35,00
Linsen, kleine .. 26,00 - 30,00	Marmelade Einf. Erd .. 108,00 - 120,00
Linsen, mittel .. 36,50 - 42,00	Marmelade Vierfrucht .. 49,00 - 48,00
Linsen, große .. 43,00 - 49,50	Pflaumenmus in Eimern .. 45,00 - 48,00
Kartoffelmehl .. 18,00 - 19,50	Steinsalz, lose .. 3,20 - 3,50
Makkaroni .. 40,00 - 46,00	Siedesalz lose .. 4,00 - 4,60
Makkaroni .. 36,00 - 37,50	Bratenschmalz in Tierces .. 65,00 -
Schnittmüden, lose .. 20,00 - 21,00	Bratenschmalz in Kübeln .. 69,00 - 69,50
Bruchreis .. 15,25 - 17,50	Porelard in Tierces .. 67,50 -
Ranzose Reis .. 17,00 - 18,50	Porelard in Kisten .. 68,50 - 69,00
Tafelreis, glasirt, Patna .. 25,00 - 27,00	Speisetalg in Packung .. 46,00 - 50,00
Tafelreis, Java .. 31,00 - 36,00	Speisetalg in Kübeln .. 46,00 - 48,00
Risvapile, amerik. .. 95,00 - 100,00	Margarine, Handelsm. I .. 56,00 -
Gott Pflaumen 90/100 .. 43,00 - 48,00	desgl. II .. 48,00 - 52,00
Pflaumen, entsteint .. 55,00 - 60,00	desgl. II .. 60,00 - 65,00
Cal. Pflaumen 40/5 .. 78,00 - 80,00	Molkereibutter I. Fässern .. 202,00 - 205,00
Rosinen in Kisten, Candia .. 70,00 - 90,00	Molkereibutter in Pack. .. 208,00 - 210,00
Sultaninen Caraburnu .. 75,00 - 100,00	Landbutter .. 165,00 - 170,00
Korinthen, choice .. 77,00 - 85,00	Auslandbutter in Fässern .. 2,00 - 205,00
Mandeln, süße Bari .. 115,00 - 130,00	Auslandbutter in Pack. .. 208,00 - 210,00
Mandeln, bittere Bari .. 125,00 - 150,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. .. 35,00 - 36,00
Zimt (Cassia) .. 110,00 - 120,00	Speck, gesalzen, fett .. 62,00 - 67,00
Gummel, holländischer .. 140,00 - 150,00	Quadratkäse .. 25,00 - 40,00
Schwarzer Pfeffer (Siam) .. 110,00 - 111,00	Quadratkäse .. 35,00 - 50,00
Weißer Pfeffer .. 135,00 - 145,00	Tilsiter Käse, vollfett .. 120,00 - 127,50
Rohkaffee Brasil .. 180,00 - 220,00	Aust. ungezuck. Condens. .. 22,50 - 25,00
Rohkaffee Zentralamerika .. 240,00 - 300,00	milch 4 1/2 .. 18,00 - 19,00
Röstkaffee Brasil .. 240,00 - 280,00	Inländische desgl. 4 1/2 .. 20,00 - 29,00
Röstkaffee Zentralam. .. 320,00 - 400,00	inkl. gez. Condensm. 4 1/2 .. 20,00 - 29,00

Heutige Umrechnungsatz 1000 Millilarden

Genossenschaftskreise rücksichtslos gegen diese Treiberen auszuweichen würden.

Eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird am 6. und 7. Mai in Hannover abgehalten werden. Zur Beratung werden die zurzeit wichtigsten genossenschaftlichen und geschäftlichen Angelegenheiten stehen.

Weitere Steigerung der Großhandelspreise. Die auf den 15. April berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande vom 8. April (122,5) eine Steigerung um 1,5 Proz. auf 124,1. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 107,7 auf 109,4 oder um 1,6 Proz., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 89,7 auf 91,1 oder um 1,6 Proz., die Industriestoffe von 149,7 auf 151,4 oder um 1,1 Proz., davon die Gruppe Kohle und Eisen von 139,1 auf 141,8 oder um 1,9 Proz., ferner die Inlandswaren von 109,9 auf 112,0 oder um 1,9 Proz., während die Einfuhrwaren bei steigenden Preisen der Textilien und sinkenden Metallpreisen mit 184,4 (in der Vorwoche 184,6) nahezu unverändert blieben.

Das Nicam-Abkommen für die Textilindustrie wurde nach längeren Verhandlungen und unter erschwerenden Bedingungen von den Industriellen unterzeichnet.

Der Starnes-Konzern kauft Straßenbahnen. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das zur Hälfte kommunal- und zur anderen Privatbesitz ist, legt immer mehr seine Hand auf alle Straßenbahnen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, um alle Stromgroßabnehmer als Kunden zu erhalten. Der Starnes-Konzern, dem das Werk sehr nahesteht, trägt sich mit dem festen Plan, alle Straßenbahnlinien des Industriebezirks einschließlich Dortmund aufzukaufen. Verhandlungen, die darauf hinauslaufen, zunächst alle Straßenbahnen von Krefeld bis Dortmund unter einen Hut zu bringen, sollen bereits im Gange sein. Innerhalb dieser Zentralisationsbestrebungen befinden sich jedoch der Realinghauser Bezirk, Dortmund und Dortmund-Hörde. Dortmund will alles versuchen, um seine Straßenbahn in eigener Hand zu behalten. Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hat auch bereits seine Hand nach Hemer und Minden ausgestreckt, doch ist es der Stadtverwaltung Dortmund gelungen, Hemer aus einer Konzessionsverlängerung zu bewegen.

Bergmanns Zahnpasta

"Rosodont"



im Gebrauch die billigste



Servus

Terpentin-Schuhputz macht wasserdicht

Chem. Werke Ludwig & Co. A.-G. Berlin-Lichtenberg

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
6 1/2 Uhr: Figaros Hochzeit
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Bohème
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Nibelungen
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Faust I.
Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr:
Die Jüdin von Toledo
Karfreitag: Konzert
Red. Laubenthal
Kammeroper
7 Uhr:
Neuinszenierung
Wettertauchen
Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Gasparone
Theater i. d. Königgrätzer-Str.
8 Uhr: So ist es - Ist es so?
Komödienhaus
8 Uhr: Zwei um Eine
Berliner Theater
7 30 Uhr: Das Weib im Purpur
Theater am Kolonnenplatz
7 30 Uhr: Die Perlen der Cleopatra
Fritz Massary

Volkshöhle
7 1/2 Uhr: OSTERN
Lessing-Th.
Abend: 8:
Kolportage
Karfreitag geschlos.
Deut. Künstler-Th.
Abend: 8:
Eine hor. Tragödie
Varieté
Eine musikal. Kur
Karfreitag geschlos.
Schaubühne
Täglich 8 Uhr:
Schallert-Wandier
Auslandssensationen
Karfreitag geschlos.
Theater a. Kotbus. Ter
Kottbusser Str. 6
Heute 8 Uhr a.
Montags nachmittags 8 Uhr:
Ellie-Sänger
in neuer
Besetzung!
Theater
Alex Stamer
der neuen, besten

Th. im Admiralspalast
Abend: 7 1/2, 9, 10 Uhr:
Draoter und drüber
Die Weltensensation:
D. Wund. d. Schatten
Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr:
Die toten Augen
Sprech. Sprech. Sprech.
Sprech. Sprech. Sprech.
Sprech. Sprech. Sprech.
Intimos Theater
5: Cröpe Georgeette
usw.
Lustspielhaus i. d. Zoo
Täglich 8 Uhr:
Der scharfe Löwe
Besonder. Schaut in 3 Akten
von Heloz Ullstein
mit Wilhelm Bendow
Hedda Neuhoff
Leo Peukert
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Karneval
der Liebe
von Walt. Bromme
Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr:
LILLY FLOHR in
Meine Tochter Otto
Lehrstück: Pantomime
7 1/2 Uhr: Die heilige Veronika
Nacht: i. d. Kommodanten
U. Das Radiomodel
Kurt Vespegnann
Edith Karin
8 Uhr. Kleines Th.
Carola Teufel,
Erich Kaiser-Titz in
Eine galante Nacht
WINDMÜHLE
Varieté-Spielplan
Pauchen gestattet
Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
Ede Karlsruherstr.
Quittungs-Marken
seit 40 Jahren Spezialität
Conrad Müller,
Schönholz-Leipzig.
Central-Theater
8 Uhr:
Onkel Nastepsehil
Musik. Volksstück in 3 Akten
von C. H. Wolff u. Theo. Halton
Musik von Rudolf Jonasson - mit
Anton Herrfeld als Gast
Trabrennen
Mariendorf
Donnerstag, den 17. April
3 Uhr

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Rigoletto
Täglich 8 Uhr: Kammer-Oper
Lützow-Str. 112
Täglich wechselnder Spielplan!

Ein grauer Kopf
macht 10 Jahre
älter! Genuß haare
erhalten die frühere
Farbe wieder durch
"Alcolor".
In allen Farben
Fl. 24 3/75 u. 5,50
In Drog. fests bei
Otto Reichel,
Berlin 40 G.D.,
Eisenbahnstraße 4

Wien-Berlin
Das größte Programm!
10 Schlager
Jägerstr. 63:
8 Uhr
Sensations- & Nachmittags Vorstellung
Die bekannte warme und kalte Küche.

Frauenwelt

Eine Halbmonatschrift

Setzt
mit sämtlichen
Schnitten auf einem Bogen
im Heft 10 Pfennig mehr.
Ohne Schnitte
30 Pfg.

Su beziehen durch
jede Ausgabestelle und jede
Botenfrau des „Vorwärts“

Oster-Verkauf!

Auf bequeme Zahlweise
Herren- und Burschen-Anzüge und Paletots

pa. Verarbeitung. Ersatz für Mail
Stolzmann, Belle-Alliance-Str. 100
Königsplatz 100



Am Herrn und Frau Butler's Fillet-Weekend.
„Aber, Schatz, verheddere Dich bloß nicht mit den Meccaronis! Das muß gelernt sein! Wie die Leute nur hier essen, das ist geradezu fabelhaft; wenn wir noch 4 Wochen üben, können wir es auch. Sieh mal drüber den Italiener, er ist schon mindestens 10 Kilometer. Sie schmecken ja ganz schön, aber ich würde sie zu Hause ganz anders kochen. Vielleicht liegt es daran, daß es hier zu heiß und das Fett nicht ganz erstarrt ist, aber in Berlin gibt es bei uns in der Küche nur den „Großen Stern, Original“

DM

Butterfett

Margarine. Sie ist in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Mit Frischmilch aus eigener Meierei zubereitet, im Buttergeschmack und Nährwert unübertrefflich.

Die Deutschen Margarine- & Speisefabrikanten, Berlin-Hausbrand, können jedes Stück zwischen 3 und 4 Uhr besichtigt werden.
Brandenburgerstraße, Linie 46

35 mal am ganzen Körper mit

Flechten

hatte, welche
mit durch das ganze Leben
Tag und Nacht heimgingen. In 14
Tagen hat Zucker's Patent-Medikament
Seltis das Übel beseitigt. Diese Seife
ist Hunderte wert. Seltis. Dazu
Zucker-Creme (nicht fälschlich u. feil-
bügig). In allen Apotheken, Drogerien
und Versandfirmen erhältlich.

Besteigene Schilddrüsen in erster
Linie zu solchen Stellen verleiht
nur direkt Schilddrüsen-Extrakt
Seltis 30, Zuckerhaus Seife.

Santa Luda
Käuflich in Apotheken, Drogerien und
Delikatessengeschäften.